

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 6

IGM-
Gewerkschafts-
tag

S. 3

10 Jahre
„Aufbau des
Kapitalismus
in der
Tschechischen
Republik

S. 6

Fregatten
verschrottet

S. 11

Rente
mit 60

S. 18

Zur Wieder-
Ausgrenzung
der Roma in der
Tschechischen
Republik

S. 24



Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS**“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

POLIZEIMINISTER. Auf Intervention des Bundesinnenministers Schily lehnten die SPD-Mitglieder im Haushaltungsausschuss die zuvor mit dem grünen Koalitionspartner ausgehandelten Kürzungen beim BGS und BKA ab. Die Einsparungen hätten dem Vernehmen nach eine zweistellige Millionenhöhe erreicht; so hätten der Vereinbarung gemäß etwa „Überkapazitäten“ beim BGS abgebaut, die Zahl der Aus- und Fortbildungszentren von 5 auf 4 reduziert und Mittelausgaben für Baumaßnahmen, die beim BKA nicht in Anspruch genommen waren, auf den nächsten Haushalt werden sollen. Da war Schily vor.

STIFTUNGSMISSION. Eine Einmischung bedeute ihr Projekt nicht, versichern die Stiftungsvertreter. In Kroatien, das sich mit deutscher Hilfe gewaltsam aus Jugoslawien löste und dessen Existenz nach wie vor fest mit der BRD verbunden ist – so ist die DM Leitwährung – finden irgendwann bis zum 28.1.2000 Wahlen statt; ein genauer Termin ist noch nicht festgesetzt. Erstmals haben sich die Stiftungen der Parteien von CSU bis Grünen zusammengetan, um, wie die „FR“ es nennt, „Kroatiens Demokratie auf die Beine (zu helfen)“. Die Stiftungen haben sich die Regionen aufgeteilt und organisieren im Wahlkampf Podiumsdiskussionen und ähnliches unter Regie „neutraler Moderatoren“. Ziel sei, verlautet aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, die „Bürger (zu) informieren und die Meinungsbildung (zu) fördern“. Die Missionare der Westausrichtung haben sich die Regionen aufgeteilt. Die Hanns-Seidel-Stiftung, die dabei zugesprochen kam, fürchtet dort allerdings Schwierigkeiten mit den Heiden, d.h. den „Bürgermeistern der serbischen Minderheit“.

JUNKER LAMBSDORFF. Schröders Beauftragter für die Entschädigung von Nazi-Opfer, der Graf Otto von Lambsdorff, hat in den Verhandlungen die Entschädigung von in der Landwirtschaft eingesetzten NS-Zwangsarbeitern mit der „Begründung“ abgelehnt, dass polnische Landarbeiter seit eh und je in der deutschen Landwirtschaft – auch auf dem Hof seiner Eltern – gearbeitet hätten, auch heute wieder. Es handele sich also um eine „normale historische Erscheinung“. Diese Äußerungen wurde durch die polnischen Verhandlungsteilnehmer bekannt. Während nicht bekannt wurde, dass Schröder darauf reagierte, ist die polnische Öffentlichkeit aufgebracht, die Zeitung *Rzeczpospolita* z.B. schrieb, Lambsdorff sehe die Osteuropäer als „Rasse von Untermenschen“ an. Nach Angaben des Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Stiftung „Versöhnung“ leben heute noch ungefähr 220.000 ehemalige polnische Zwangsarbeiter; von ihnen hätten ca. 60% in der Landwirtschaft gearbeitet. Sie seien in Vieh-

wagen und unter strengster Bewachung nach Deutschland verbracht worden.

MOGELPACKUNG. Anfang November hat die Bundesregierung das Verkehrswege-Investitionsprogramm 1999-2002 vorgelegt. Ein neuer Bundesverkehrswegesplan wird bis 2002 vorgelegt. Obwohl gesetzlich festgelegt ist, dass Fünfjahrespläne für den Ausbau der Verkehrswege aufzustellen sind, stammt der letzte von 1992 und soll der nächste also erst 2002 aufgestellt werden. Der alte Bundesverkehrswegesplan sah z.B. vor, dass der Schienengüterverkehr bis 2010 um 55% wachsen solle – tatsächlich sackte dieser seither um 40% ab. Er sah einen Anstieg des Straßengüterverkehrs bis 2010 um 95% vor – dieser Zuwachs wird bereits 1999 oder 2000 erreicht sein. Eine – insbesondere von den Grünen vormals vertretene – Wende in der Verkehrspolitik ist das nicht. Das neue Investitionsprogramm enthält fast alle umstrittenen Autobahn- und Wasserstraßenprojekte.

AUSLÄNDERFEINDLICHE „WARNDATEI“. Am 4. November befaßte sich der Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Unionsparteien. Diese wollen das vor fünf Jahren verabschiedete, bis heute umstrittene Gesetz über das „Ausländerzentralregister“ (in Karlsruhe liegen mehrere Verfassungsklagen dagegen, über die noch nicht entschieden ist) um eine sog. „Warndatei“ ergänzen und zugleich den Datenzugriff von Polizei und anderen Behörden auf das bestehende Zentralregister extrem ausweiten. Jede Polizeistreife, jede Polizeiwache, jedes Sozialamt und andere Behörden sollen nach Unionsvorstellungen künftig auf die über 10 Millionen Personendaten des Ausländerzentralregisters automatisch zugreifen können. Die Bekämpfung illegaler Einwanderung und von Sozialhilfebezug durch Flüchtlinge und andere Ausländer müsse ins Zentrum der Kriminalitätsbekämpfung rücken, forderte CDU-Sprecher Marschewski. Alle anderen Parteien lehnten den Vorstoß ab. Der SPD-Abgeordnete Barthel rügte den Vorstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. FDP-Sprecher Stadtler wies darauf hin, seine Partei habe schon unter Kohl solche Pläne verhindert und werde das nun auch tun. Die grüne Ausländerbeauftragte Beck wies auf die Verfassungsbeschwerden schon gegen das bestehende Gesetz hin. In einer solchen Lage verbiete es sich von selbst, noch Verschärfungen zu verlangen. Die PDS-Abgeordnete Jelpke warf der CDU Schürung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus vor. Sie nutze jeden Vorwand, um Ausländer als kriminell abzustempeln. In Wirklichkeit melde selbst das Bundeskriminalamt jedes Jahr zum Beispiel drei bis vier Mal so viel Fälle von Anlagebetrug und Börsenschwindel wie von illegaler Einreise oder Sozialhilfe-Erschleichung. •

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Tarifentschließung offen – kein Grund für Zwickels Alleingang!

Viele – auch Delegierte – hatten vom Gewerkschaftstag der IG Metall eine Art großer Wurf erwartet, eine einzelne zentrale Forderung, die die Gewerkschaftsbewegung aus der Defensive herausbringen könnte. Tatsächlich hat sich aber gezeigt, daß ein Beschuß über eine alles beherrschende Hauptforderung nicht möglich war, sondern zu einer Kampfabstimmung mit kaum kalkulierbaren Ergebnissen geführt hätte. Deshalb hat der Kongreß bei der Tarifpolitik in einer knapp achtseitigen Entschließung alle größeren umlaufenden Anliegen neben-einander gestellt, ohne einen Schwerpunkt zu entscheiden. Das könnte immerhin bedeuten, daß nichts verbaut ist, sondern die nötige weitere Diskussion möglich ist und die zuständigen Tarifkommissionen ihre Schwerpunkte souverän setzen können.

Kritische Entwicklungen registriert

Außerdem fällt an der tarifpolitischen Entschließung auf, daß kritische Entwicklungen, die viele Jahre eher ausgeklammert wurden, inzwischen registriert werden. So wird ein großer Angriff auf das Tarifsystem von außen festgestellt, aber auch ein dringender Reformbedarf bei den Tarifen selber. Die Sicherung des

gelungen für diesen Bereich abgerückt und strebt jetzt tariflichen Schutz für die Betroffenen an.

Auch bei den tariflichen Schwerpunkten findet man etliche Ansatzpunkte. Bezüglich der Entgelt- und Einkommenspolitik will die IG Metall weiter um die „Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit“ streiten. Die Fehlentwicklung der gesunkenen Lohnquote als Maßstab, „an dem die IG Metall zu allererst durch ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit gemessen“ wird, soll korrigiert werden. Neue Entgeltrahmentarife sollen die gravierenden Veränderungen bei der Arbeitsorganisation und der Leistungsabforderung aufgreifen und eine solidarische Entgeltpolitik unter diesen neuen Bedingungen herstellen. Bezüglich weiterer Arbeitszeitverkürzung wird die Einschränkung des Flexi-Wildwuchses und faktischer Arbeitszeitverlängerungen sowie die Verhinderung weiterer Arbeitsverdichtung als wichtige Voraussetzung angesehen.

Forderungskatalog ohne Priorität

Als Forderungen stehen nun nebeneinander (in unvollständiger Auswahl): Ak-

Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Renteneintritt mit 60 und/oder bessere Altersteilzeitregelungen).

Die Fülle dieser Themen und Probleme, für die ja jeweils auch tätige Leute stehen, unterstreicht den Bedarf an weiterer Diskussion und Klärung. Ganz anders aber das Vorgehen des Vorstands und speziell des Vorsitzenden Klaus Zwickel nach dem Kongreß. Ohne Rücksicht auf diese Beschuß- und Problemlage werden nach innen (z.B. über die Zeitung „metall“) und nach außen über die Medien alle Aktivitäten auf das Thema „Ausscheiden mit 60 über Tariffonds“ konzentriert. Für den Gewerkschaftstag war das eine mögliche Option unter anderen und keineswegs das einhellige Ziel.

Die Konsequenzen aus dem Vorstandsdiktat wären beträchtlich. Ganz abgesehen von den ungewissen tatsächlichen Resultaten einer „Rente mit 60 über Tariffonds“ würde die Tarifpolitik auf viele Jahre gebunden: Im Gegenzug gegen eine „Rente mit 60“ hat Klaus Zwickel eine „moderate Lohnpolitik“ in Aussicht gestellt, und die verbleibenden Verteilungsspielräume würden zwangsläufig mehr oder weniger für die Tariffonds gebunden.

Das Bündnis für Arbeit wirft seine Schatten

Dennoch wischt Zwickel gegenwärtig alle Kritik beiseite: sowohl die grundsätzlichen Fragen (warum soll mit Lohnopfern die gesetzliche Erhöhung des Rentenalters aufgefangen werden?) als auch die tarifpraktischen Einwände (in Baden-Württemberg würden die jahrelangen Bemühungen um einen neuen Entgeltrahmentarif auf lange Sicht plattgemacht, obwohl viele diese Tarifreform zurecht für äußerst dringend halten).

Klaus Zwickel wird von der Logik seines Bündnisses für Arbeit mitgerissen. Aus seiner Sicht steht und fällt diese Veranstaltung jetzt mit der „Rente mit 60“. Da ist kein Raum mehr für die nötige Meinungsbildung und demokratische Entscheidung über die gewerkschaftlichen Schwerpunkte. Aber was der Gewerkschaftstag nicht per Mehrheitsbeschuß entscheiden konnte, soll jetzt der Vorsitzende per Diktat verordnen können? Weder lassen sich die Probleme und Fragen des Konzepts der „Rente mit 60“ einfach wegdekretieren, noch wollen sich die gewerkschaftlich tätigen Leute ihre begründeten Initiativen einfach aus der Hand nehmen lassen. (rok)



Aktionsbereit: Mitglieder und Funktionäre in der jüngsten Lohnbewegung

Tarifsystems wird als eine Aufgabe der ganzen Gewerkschaftsbewegung behandelt und nicht wie früher üblich als ein Problem von Betriebsräten, die sich nicht an die nötige Gewerkschaftsdisziplin halten. Die Arbeitszeitpolitik wird nicht mehr unabhängig von den realen Arbeitszeitentwicklungen diskutiert, sondern vor dem Hintergrund von Erfahrungen wie Verlängerung von Arbeitszeiten, unbezahlter Mehrarbeit usw. Bezuglich der Frage der Tarifverträge bei Leiharbeit ist eine überfällige Kehrtwende vollzogen worden: Nachdem die Leiharbeit nicht eingeschränkt werden konnte, sondern im Gegenteil expandiert, ist die IGM von der Ablehnung tariflicher Re-

tive Einkommenspolitik und neue gemeinsame Entgeltrahmentarife, Angleichung von Ost- und Westeinkommen, weitere generelle Arbeitszeitverkürzung (30- oder 32-Stunden-Woche oder 1.400 Stunden im Jahr), Angleichung der Ost-Arbeitszeit an die 35-Stunden, Absenkung der Arbeitszeit bei Textil, Bekleidung und im Handwerk, kürzere Arbeitszeit für besonders Belastete wie Schichtarbeiter, Begrenzung von Arbeitszeitkonten, Reduzierung der tariflich zugelassenen 40-Stunden-Verträge, Tarifrechte bezüglich der Leistungsabforderung, Einschränkung von Mehrarbeit und Sicherung des freien Wochenendes, Förderung von Teilzeitarbeit sowie

Zwangsarbeiter:

Die Festlegungen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals zur Sklavenarbeit müssen berücksichtigt werden

Für den 16./17. November ist in Bonn die Fortsetzung der Verhandlungen über Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geplant. Die verantwortlichen deutschen Firmen wollen das ganze Verfahren zu einer unendlichen Geschichte machen, hoffend das die Zahl der ehemaligen Sklavenarbeiter von Tag zu Tag sinkt. Bisher haben sich 16 Konzerne bereiterklärt in den Entschädigungsfonds einzuzahlen. Es handelt sich um: Allianz, BASF, Bayer, BMW, Hoechst, Daimler-Chrysler, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Thyssen-Krupp, Siemens, VW, RAG, Deutz, Veba Commerzbank und die Degussa-Hüls. Von anderen Firmen weiß man nur andeutungsweise, dass sie sich beteiligen wollen. Aber deren Namen tauchen in der Öffentlichkeit nicht auf.

Und viele andere weigern sich gar die Verantwortung zu übernehmen. Millardensummen werden hin- und hergefeilscht. Die Vertreter der deutschen Industrie weigern sich kategorisch über ihre Summe von 4 Mrd. DM hinauszugehen.

Tatsächlich geht es aber, wie in Urteilen z.B. gegen den VW-Konzern schon festgestellt, um an die 2,4 Millionen Menschen. Die amerikanischen Anwälte der Opfer fordern für jeden einzelnen Menschen 10000 Mark, insgesamt also um die 23 Mrd. DM. Das ist die entscheidene Summe, um die es geht. Weit entfernt also von dem, was die deutsche Industrie da geben will, aber auch weit entfernt von den 6-10 Mrd., die nun als Kompromisslinie von verschiedenen Seiten geäußert werden.

Die Verhandlungen begannen im Mai 1999, und dauern nun schon seit einem halben Jahr. An den deutsch-amerikanischen Verhandlungen sind auch Delegationen der verschiedenen osteuropäischen Länder beteiligt. Aber diese Delegationen kritisieren, das sie nicht zu allen Verhandlungsgruppen eingeladen wurden. Z.B. war die polnische Delegation zwar an neun Treffen beteiligt. Aber sie kritisieren, das die Beratungszeit jeweils sehr kurz war, und nach ihrer Auffassung ist der Fortschritt bei den Verhandlungen sehr gering.

Über die fundamentalen Punkte wurde bisher noch keine Einigung gefunden.

Die deutsche und die amerikanische Seite konzentrieren sich auf die Zahlung für die sogenannte „außergewöhnliche Verfolgung“ (in Kzs, vergleichbaren Lagern und Gettos oder besonders grausame Verfolgung in bewachten Lagern. In der Konsequenz heißt das, dass der deutsch-amerikanische Vorschlag nicht die Opfer berücksichtigt, die unter der Bedingung der „normalen“ Verfolgung in

Industrie, Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich ausgebaut wurden.

Dieses Verfahren führt zu einer neuen Teilung und Diskriminierung der Überlebenden und steht im Gegensatz zu den Beschlüssen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals. Dort fiel unter den Begriff „Deportation zur Sklavenarbeit“ die gesamten Bevölkerung, die nach Deutschland deportiert wurde. Und dies betrifft z.B. allein rund ein halbe Million noch heute in Polen lebender ehemaliger Sklavenarbeiter. Die polnische Regierung beharrt daher auch auf Festlegungen der Nürnberger Kriegsverbrechertribunals.

Es sei unverantwortlich und gehe an den Tatsachen vorbei, wenn der deutsch-amerikanische Vorschlag von insgesamt 230000 Sklavenarbeiter und 475000 Zwangsarbeitern ausgeht. Die deutsch-amerikanische Seite ignoriert, dass in zwei Berichten, von der „Nathan Associates“ und in dem von Prof. Niethammer in Florenz vorgelegten Papier, die Zahl von Sklaven- und Zwangsarbeiter auf 2,4 Millionen Menschen festgestellt wurde.

Der polnische Außenminister Gromek hat daher erst jüngst das Verhalten der US- und BRD-Regierung gerügt. Vor dem polnischen Parlament warf er beiden Seiten eine Verzögerungstaktik vor. Zudem seien die Äußerungen des deutschen Verhandlungsführers Lambsdorf zu den Zwangsarbeitern aus der Landwirtschaft „skandalös und beleidigend für den Staat Polen“.

Lambsdorf sagte in der „Welt am Sonntag“, daß osteuropäische Landarbeiter keinen Anspruch auf Entschädigung hätten. Es sei, so Lambsdorf, ganz unzweifelhaft, dass seit der Jahrhundertwende in jeder Ernte-Kampagne Saisonarbeiter aus Polen nach Deutschland gekommen sind (so auch auf das Landgut der Familie des Grafen Lambsdorf). Das sei vor dem Krieg so gewesen und dauere bis heute an. Allerdings seien sie während des Krieges natürlich Zwangsarbeiter gewesen. Und dafür sollen sie kein Geld bekommen.

Unterdessen forderte eine regierungsnahen russische Stiftung von der Bundesregierung 4,5 bis fünf Milliarden Mark allein als Entschädigung für die bis zu 500000 russischen Zwangsarbeiter.

Wie der deutsche Vertreter der Stiftung der ehemaligen Bundesinnenminister Baum sagte, droht die Stiftung mit Demonstrationen und Boykott deutscher Unternehmen.

Verherrlichung der Waffen-SS:

Strafbar!

Im September hatte die Kölner Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige des PDS-Ratsmitglieds Jörg Detjen wegen des Rufens der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ auf einer NPD-Demonstration in Köln abgewiesen. Staatsanwalt Knieper meinte, die Parole habe keine „spezifisch nationalsozialistische Bedeutung“.

Gegen diese Entscheidung legte Jörg Detjen jetzt Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein. Hintergrund ist, daß die PDS-Bundestagsfraktion eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt hatte (BT-Drucksache 14/ 1802), die den Vorgang rechtlich anders bewertet. Die entscheidende Frage lautete: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Verbot und die ersatzlose Auflösung der Waffen-SS durch das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal als verbrecherische Organisation noch heute gültig und bindendes Recht für die Bundesregierung ist, wenn z.B. Parolen wie ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS‘ in der Öffentlichkeit skandiert werden?“ Darauf antwortete die Regierung: „Die SS – auch die Waffen SS – sind verboten und aufgelöst. Dies ergibt sich aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 (Artikel 1 Nr. 2 i.V.m Nr. 55 der Anhangliste). § 86a StGB ‚Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen‘ erfaßt auch Kennzeichen der SS. Kennzeichen sind auch Parolen und Grußformeln, die die SS typischerweise verwendete.“ Anders als die Kölner Staatsanwaltschaft, aber auch viele andere Gerichte, meinen, sind also die Alliierten Kontrollratsbeschlüsse nach Erklärung der Bundesregierung weiter geltendes Recht. Das ist nicht unwichtig für zukünftige Auseinandersetzungen.

Auf die Frage „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Versuche der Rehabilitierung und Wiederbelebung der Waffen-SS als Versuch der Rehabilitierung und Wiederbelebung einer verbrecherischen Organisation verboten und strafbar sind?“ meint die Regierung: „Das Verbreiten von Propagandamitteln, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Partei oder Organisation fortzusetzen, ist gem. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar.“ Bei Aufmärschen der NPD gegen die Wehrmachtausstellung hat die Polizei nicht gegen Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ eingegriffen. Dies müssen die antifaschistischen Kräfte vor Ort verlangen. Denn die Bundesregierung sieht wiederum keinen Handlungsbedarf, wenn sie im Rahmen der Anfrage lakonisch erklärt: „Die gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung von nationalsozialistischen Parolen sind ausreichend.“ Eben nicht, sonst müßte man sich mit den staatlichen Behörden nicht dauernd streiten. (jöd)

500 Teilnehmer bei Hearing zu internationalem Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Rund 500 Teilnehmern trafen sich in der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Sieben Stunden lang referierten gut ein Dutzend Gäste aus dem In- und Ausland über die Schäden des NATO-Krieges in Jugoslawien, die neue Strategie der westlichen Militärorganisation, die völkerrechtlichen Konsequenzen des Waffengangs sowie die Rolle der Medien. Aus der Vielzahl der Redebeiträge sei hier auf zwei wichtigen Erörterungen eingegangen.

„Noch immer kann von Jugoslawien keine Gesamtschadensbilanz vorgelegt werden“, erklärte Professor Dr. Miodrag Zecevic. Der Vorsitzende der antifaschistischen Veteranenorganisation war aus Belgrad angereist, um dem Hearing über den „Krieg nach dem Krieg“ zu berichten. Der Bombenkrieg selbst habe 2.000 zivile Tote gefordert, 30 Prozent davon



seien Kinder. 10.000 Menschen seien verletzt worden, 40 Prozent davon ebenfalls Kinder. 300.000 Kinder seien zudem schwer traumatisiert. Diese „Spätfolgen“ seien weitaus größer, als man in Jugoslawien erwartet habe. Zwei Einhalb Millionen Menschen sind durch die Zerstörung der jugoslawischen Industrie in ihren Arbeitsmöglichkeiten beschränkt, 600.000 arbeitslos. Hinzu kämen 200.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo, die es zu versorgen gelte. Die Instandsetzung der Industrie sei ein langwieriger Prozeß und bedürfe der Unterstützung von außen.

Nach Meinung Prof. Zecevic' könnten sich die ökonomischen Sanktionen, die bereits seit acht Jahren andauern, in diesem Winter in Jugoslawien als „Genozid“ auswirken, warnte er angesichts der be-

vorstehenden Kältemonate.

Um so wichtiger seien die Zusammenkunft in Berlin und das Vorhaben eines internationalen Tribunals. „Die progressiven Kräfte in der Welt stellen sich hier der brutalen Machtpolitik einiger weniger entgegen.“ Für die Menschen in Jugoslawien sei es wichtig zu sehen, dass sie nicht alleine stünden. Dies sei an diesem Wochenende eindrucksvoll demonstriert worden.

Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung fasste in seinem Beitrag die Änderungen der imperialistischen Militärstrukturen durch den Jugoslawienkrieg zusammen.

Durch den Jugoslawien-Krieg sei der Interventionismus gestärkt worden. Die NATO habe sich selbst mandatiert, und genau dies sei auch für künftige Auseinandersetzungen zu befürchten. Planwidrig hätten die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung des Nordatlantischen Bündnisses im April dieses Jahres in Washington mitten im Krieg stattfinden müssen, erklärte Pflüger. Die Strategen in Brüssel waren ursprünglich von einer allenfalls dreitägigen Kriegsdauer und einem Einknick Belgrads ausgegangen. Doch auch wenn Selters statt Sekt zum Jubiläum gereicht werden mußte, „der Krieg und die neue Strategie stellt einen Paradigmenwechsel des Bündnisses dar“, so Pflüger.

Die NATO-Armeen würden systematisch zu kleineren, aggressiven Kampfeinheiten umgebildet. Diese Umstrukturierung sei auch Kern der Krisenreaktionskräfte der „neuen Bundeswehr“. So werde unter Rot-Grün die deutsche Armee zwar quantitativ abgerüstet, qualitativ stelle die Entwicklung allerdings eine Aufrüstung dar. „Der Krieg gegen Jugoslawien war Vorbote für neue folgende Waffengänge. Wir müssen darum kämpfen, daß es in der Bevölkerung keine Mehrheit dafür gibt“, erklärte Pflüger unter großem Beifall des Publikums.

(hav) Quelle: Junge Welt

D-Mark eingeführt und eigene Zentralbank gegründet

Nach Bosnien-Herzegowina und Kosovo ist nun auch auch in Montenegro die DM offizielles Zahlungsmittel. Mit der Einführung der Fremdwährung hat die jugoslawische Teilrepublik Montenegro am Dienstag ihren Sezessionskurs forciert. Das montenegrinische Kabinett verabschiedete in Podgorica ein Dekret, das die D-Mark mit Wirkung zum Mittwoch zur Parallelwährung neben dem jugoslawischen Dinar erklärt. Ziel sei es, „die wirtschaftlichen Interessen Montenegros zu verteidigen“, hieß es in dem Beschluss, der auch die Gründung einer eigenen Zentralbank ankündigt.



„Die Bestimmungen des jugoslawischen Zentralbankgesetzes und des Gesetzes über Devisentransaktionen werden in Montenegro nicht mehr angewandt“, heißt es in dem Dekret, das die Unterschrift von Ministerpräsident Filip Vujošević trägt. Wurde das Umtauschverhältnis

zur D-Mark 1994 noch mit eins zu eins festgelegt, werden auf dem Schwarzmarkt nach dem Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien 16,5 Dinar für eine Mark geboten. Der offizielle Kurs ist sechs zu eins.

Montenegros Finanzminister Miroslav Ivanisević erklärte, sämtliche Löhne, Renten und Sozialleistungen würden künftig in DM gezahlt. Unternehmen sind seinen Worten zufolge verpflichtet, von nun an zwei Konten zu führen – eines in Mark und eines in Dinar. Ivanisević betonte zudem, die Preise für Strom und Öl würden durch die Regierung in Podgorica festgelegt. Am Dienstag erhöhte das Kabinett den Preis für Super-Benzin um 21 Prozent auf nun eine Mark pro Liter. Nach Presseberichten soll Montenegro von den USA in dem Beschluss bestärkt worden sein, die D-Mark als Zweitwährung einzuführen.

Die Deutsche Bundesbank erklärte, sie sei vor dem Regierungsbeschluß zur Einführung der Mark nicht konsultiert worden. Dies sei allerdings auch nicht notwendig. In Frankfurt am Main verwies man darauf, daß die DM in Jugoslawien schon seit langem als inoffizielle Währung genutzt werde. Die Regierung in Podgorica werde deshalb kaum Probleme haben, die notwendige Geldmenge aufzubringen, um Staat und Wirtschaft in Gang zu halten. Für die Stabilität der D-Mark selbst sowie den Währungskreislauf habe die Entscheidung Montenegros keine negative Auswirkung.

(hav)

Protestpostkartenaktion. Gruppen aus der Friedensbewegungen und den Gewerkschaften haben eine Protestkampagne gestartet unter dem Thema: Keine Kampfpanzer für die Türkei! Schluss mit Waffenlieferungen für Vertreibungen, Zerstörung und Krieg! Ein Muster der Karten lag am 5.11. der taz und dem ND bei. Die Postkarten können beim Netzwerk Friedenskooperative zu 0,10 DM/Stück + Versand bestellt werden; zusammengestellt wird auch ein Infopaket zur Panzeraffäre. Die unterschriebenen Karten sollen beim Netzwerk gesammelt und im März 2000 (Newroz) sowie Mai 2000 (Tag der Befreiung) bei öffentlichen Aktionen in Berlin an Regierung und Parlament übergeben werden. Siehe auch: <http://www.friedenskooperative.de/themen/leo-t-00.htm>

Zehn Jahre „Aufbau des Kapitalismus“

Von Václav Vertelář

Im Herbst 1998 waren es achtzig Jahre, seit der selbständige unabhängige tschechoslowakische Staat entstand. Er existierte zwanzig Jahre, und in dieser Zeit nahm sein Nationaleinkommen im Vergleich zur Vorkriegszeit um ca. 10-12 Prozent zu. Es gab jedoch eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit, die 1933, während der großen Weltwirtschaftskrise, ihren Höhepunkt erreichte: Von den 14,2 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei fanden 738.000 keine Arbeit.

Während des Zweiten Weltkriegs war die Republik schon einmal in zwei Teile zerrissen, das Protektorat Böhmen und Mähren als Bestandteil des Deutschen Reiches und die Slowakei. Nach dem Krieg wurde die Tschechoslowakei wieder zu einem einheitlichen Staat vereinigt, der ab 1948 den sozialistischen Entwicklungsweg einschlug. Im Laufe der vierzigjährigen Ära des sozialistischen Aufbaus wuchs das Nationaleinkommen auf das Sechsfache, die Industrieproduktion auf das Fünfzehnfache und die landwirtschaftliche Produktion um fast 70 Prozent. Das reale Lohnniveau stieg um 170 Prozent. Jährlich wurden im Durchschnitt 55.000 Wohnungen gebaut. Alle Bürger genossen kostenlose Gesundheitsfürsorge und Schulbildung. Auch die Hochschulbildung war frei. Arbeitslosigkeit war ein unbekannter Begriff.

Nach den Novemberereignissen von 1989 begann die „Transformation der Gesellschaft“. Das bedeutete Privatisierung des umfangreichen Volkseigentums, das in die Hände einer kleinen Gruppe tschechoslowakischer sowie ausländischer Kapitalisten überging. In die Tschechoslowakei zog wieder die kapitalistische „Ordnung“ ein, mit der Begleiterscheinung, dass gegen den Willen der Mehrheit der Staat zum zweiten Mal – wie zwischen 1939 und 1945 – geteilt wurde, in die Tschechische und die Slowakische Republik. Auch dieses Mal ging der Teilung keine Volksbefragung voraus, obwohl die Durchführung von Referenden in der Verfassung verankert ist.

Die Bilanz der ersten zehn Jahre des „kapitalistischen Wiederaufbaus“ in der CR ist katastrophal. Das Nationaleinkommen ist um 12 Prozent gesunken. Die Produktion ging in der Industrie und im Bauwesen um 22 Prozent, in der Landwirtschaft um 30 Prozent zurück. Der Viehbestand ist auf rund die Hälfte reduziert, ebenso wie der Warenverkehr auf Schiene und Straße. Seit 1990 haben wir nach 40 Jahren wieder Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte in

diesem Jahr eine halbe Million (bei 10,3 Millionen Einwohnern in der CR). Auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei gibt es zur Zeit eine Million Arbeitslose – ein Drittel mehr als im schlimmsten Krisenjahr 1933. Eine solche Arbeitslosigkeit wurde bislang in diesem Gebiet während des gesamten Jahrhunderts nicht erreicht. Das Real-einkommen (Löhne und Renten) der Mehrheit der Einwohner liegt um mindestens 10 Prozent unter dem von 1989. Der Wohnungsbau ging auf ein Drittel zurück: durchschnittlich 15-20.000 Wohnungen im Jahr. Zu mehr als zwei Dritteln sind das allerdinge Wohnungen bzw. Villen für die Neureichen. Für junge Familien mit Kindern sind neue Wohnungen unerschwinglich. Die Mieten (ohne

Heizung und sonstige Nebenkosten) sind z.B. in Prag in den letzten zehn Jahren auf das Sechzehnfache gestiegen. Die Miete für eine durchschnittliche Dreizimmer-Wohnung in Prag ist fast so hoch wie die Durchschnittsrente oder der Lohn eines Beschäftigten auf einem der schlechter bezahlten Arbeitsplätze. Für Leistungen des Gesundheitswesens ebenso wie für die Schulbildung der Kinder müssen die Bürger zunehmend eine „Selbstbeteiligung“ aufbringen.

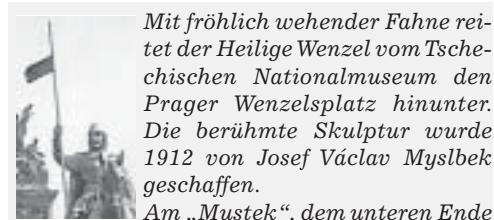
Die ökonomische und soziale Krise spiegelt sich sehr anschaulich in den demografischen Indizes wider: während 1990 noch 130.000 Kinder geboren wurden (die höchste Geburtenzahl wurde 1974 erreicht: 194.000), waren es im letzten Jahr nur noch 90.000. Die Geburten-

rate in der CR liegt damit unter der Sterblichkeitsrate und ist so niedrig wie in kaum einem anderen Land in Europa und der Welt.

Wenn es gut geht, sind die Tschechen nach 15 Jahren „Wiederaufbau des Kapitalismus“ dort, wo sie an seinem Anfang 1989 waren.

Nach der rechten Regierung ist seit Mitte letzten Jahres eine sozialdemokratische Regierung am Ruder. Die Situation hat sich seither nicht verbessert, und die Aussichten sind auch nicht rosig. Nach den Vorstellungen der Regierung soll die Arbeitslosigkeit von heute neun Prozent im Laufe von zwei bis drei Jahren auf zwölf Prozent steigen. Das Bruttoinlandsprodukt von 1989 – dem Jahr des „Zusammenbrechens des Sozialismus“ und des „Anbruchs des kapitalistischen Wohlstands“ wird nach den Prognosen der Regierung erst um das Jahr 2004 wieder erreicht werden, also nach 15 Jahren des „kapitalistischen Aufbaus“. Nach zehn Jahren des neuen Kapitalismus steckt die CR in einer tiefen ökonomischen und sozialen ebenso wie politischen und moralischen Krise.

In den ersten zehn Jahren des sozialistischen Aufbaus 1948 – 1958 verdoppelte sich das Nationaleinkommen auf dem Gebiet der heutigen CR. Die Anzahl der Beschäftigten nahm um 500.000 zu, die Durchschnittslöhne stiegen um 50 Prozent, die jährlichen Investitionen um 350 Prozent usw. Natürlich war in den ersten zehn Jahren des sozialistischen Aufbaus die Entwicklungsdynamik am höchsten, auch auf Grund des – drei Jahre nach Kriegsende – relativ niedrigen Ausgangsniveaus. Trotzdem ist festzustellen, dass die vierzig Jahre Sozialismus – trotz aller Probleme, Fehler und Mängel (Deforma-



Mit fröhlich wehender Fahne reitet der Heilige Wenzel vom Tschechischen Nationalmuseum den Prager Wenzelsplatz hinunter. Die berühmte Skulptur wurde 1912 von Josef Václav Myslbek geschaffen.

Am „Mustek“, dem unteren Ende des Wenzelsplatzes, trifft der tschechische Landespatron seit Mitte Oktober auf einen weniger fröhlichen Doppelgänger. Das Werk des Künstlers David Černý – offenbar ein Beitrag zum 10. Jahrestag der „samtenen Revolution“ – wurde aufgestellt von der Künstlergruppe Artlab als Teil des Projekts 99CZ, das verschiedene weitere Installationen in der Prager Altstadt umfasst.



tion der sozialistischen Prinzipien in bezug auf die Menschenrechte) im ökonomischen und sozialen Bereich die erfolgreichste Ära in der Geschichte des tschechischen und des slowakischen Volkes darstellen.

Etwas ist allerdings doch in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den ersten zehn Jahren des sozialistischen Aufbaus steil angestiegen: die Kriminalität. Um 250 Prozent wuchs die Zahl der Straftaten – es blühen organisiertes Verbrechen, Drogensucht und Prostitution schon vom Kindesalter an. Vergleichen wir ganz nüchtern:

Was hat der Mehrheit der Bürger ein befriedigenderes Leben gebracht? Und in welcher Richtung sollten sie die wirklich bessere Zukunft suchen?

Václav Vertelar ist Redakteur der *Haló noviny*. Entnommen aus DTN Nr. 13/1999, bei GNN



Unicef-Bericht:

In Osteuropa kaum noch Geld für Schulbildung

Wegen sinkender Sozialausgaben, Krankheiten und bewaffneter Konflikte haben sich die Lebensumstände von Kindern in Osteuropa im vergangenen Jahrzehnt dramatisch verschlechtert. Zu diesem Schluss kommt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) in der neuen Studie „Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer“, die der ehemalige Außenminister Genscher am Donnerstag in Berlin vorgestellt hat. Während des Übergangs zur Marktwirtschaft würden Sozialausgaben für Kinder vielfach als Luxus betrachtet, schreibt Unicef. So hätten die kommunistischen Länder der Schulbildung früher große Bedeutung beigemessen, inzwischen stehe dafür aber kaum noch Geld zur Verfügung. Acht von fünfzehn Ländern hätten ihre Bildungsausgaben deutlich gesenkt, Russland und Rumänien verkürzten aus Spargründen sogar die Schulzeit. Als Besorgnis erregend bezeichnet Unicef auch die wachsende Zahl jener Kinder, die überhaupt keinen Unterricht mehr erhalten. In Russland zum Beispiel gingen etwa fünf Prozent der schulpflichtigen Kinder im Grundschulalter nicht zur

Schule. Überdies habe die Qualität des Unterrichts gelitten, weil es an Lehrmaterial fehle oder Lehrer schlecht ausgebildet und nur unregelmäßig bezahlt würden. Damit, so heißt es bei Unicef, werde die Zukunft verspielt.

Nach dem Unicef-Bericht haben in Osteuropa seit 1989 etwa 26 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. In einem Drittel der 27 Staaten der Region liege das Bruttonsozialprodukt immer noch vierzig Prozent niedriger als vor zehn Jahren – mit entsprechenden Folgen. In Russland zum Beispiel lebten zwei Drittel der Familien mit kleinen Kindern in Armut. Dort habe die Spaltung in Arm und Reich mittlerweile Dimensionen wie in Lateinamerika erreicht. Sie gefährde zusehends den sozialen Zusammenhalt. Insgesamt sei festzuhalten, dass all diese Schwierigkeiten vor allem Kinder trafen, weil sie besonders empfindlich auf die Spannungen der Umbruchzeit reagierten. Gerade Heranwachsende reagieren auf die soziale Spannungen des Umbruchs. In Russland hat sich die Selbstmordrate bei männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren seit 1989 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Drogenabhängigen Jugendlichen verdreifachte sich; die der alkoholabhängigen ist sogar sieben mal so hoch wie vor 1989.

Der UNICEF-Bericht hebt allerdings auch positive Entwicklungen hervor. In einigen Ländern Mitteleuropas zeichnet sich eine wirtschaftliche Erholung ab. Auch haben sich in den meisten Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion inzwischen Nichtregierungsorganisationen gebildet, die für die Rechte der Kinder eintreten. Vielerorts haben lokale Behörden, internationale Organisationen und Elterninitiativen Modellprojekte z. B. für Heimkinder oder im Gesundheitsbereich gegründet. UNICEF unterstützt viele dieser Initiativen mit dem Ziel, Strukturen für eine präventive Sozialpolitik für Familien mit Kindern aufzubauen.

UNICEF ruft die Regierungen Osteuropas und der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf, sich nicht aus ihrer Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder zurückzuziehen und eine soziale Grundversorgung sicherzustellen.

Als wirklichen Hohn muß man die Tatsache auffassen, dass gerade Hans Dietrich Genscher, als Mitverantwortlicher für die Misere in Osteuropa, nun als Hilfsengel der Unicef auftaucht, Weihrauch versprühend. Tatsächlich handelt es sich hier um Nebelkerzen, die die Absicht der kapitalistischen Staaten verschleiern soll, dass sie es durchaus so gewollt haben, das Osteuropa als Billigzulieferer für Mensch und Waren dienen soll. (hav)

Uruguay

Linkes Bündnis gewinnt Wahl in Uruguay

Erstmals wird eine Stichwahl über das Präsidentenamt entscheiden. Nach den Wahlen in Uruguay am Sonntag stellt das linke „Breite Bündnis“ Frente Amplio-Encuentro Progresista (reicht politisch von Sozialdemokrat bis zu den ehemaligen Guerillaverbänden der Tupamaros) (EP-FA) erstmals die stärkste Fraktion im Parlament des kleinen südamerikanischen Landes. Tabaré Vazquez, Spitzenkandidat des Bündnisses für das Präsidentenamt, muß sich allerdings noch der Stichwahl stellen.

Während in den Straßen Montevideos die vierten demokratischen Wahlen seit Ende der Militärdiktatur (1985) gefeiert wurden, wartete Tabaré Vazquez, in Wahlumfragen favorisierter Kandidat für das „Breite Bündnis“ EP-FA, die Ergebnisse zu Hause ab. Sie fielen für ihn günstig aus: Die EP-FA erreichte erstmals in ihrer Geschichte eine relative Mehrheit im Parlament. Mit 38,1 Prozent der Stimmen für die Linke erfüllten sich die hohen Erwartungen, bereits im ersten Wahlgang das Amt des Präsidenten zu erringen, jedoch nicht.

Dafür erhielt die Regierungspartei Partido Colorado (PC), die mit ihrem Spitzenkandidaten Jorge Batlle 31,5 Prozent erlangte, zuviel Zuspruch. An dritter und vierter Stelle liegen die „Blancos“ (Nationale Partei) mit Alberto Luis Lacalle (21,5 Prozent) und die sozialliberale Nuevo Espacio (4 Prozent). Zur Wahl standen neben den 99 Parlamentsabgeordneten 31 Senatorenämter und 95 Ratssitze. Aufgrund der Wahlpflicht – Nichtteilnahme wird mit einer Geldstrafe geahndet – lag die Wahlbeteiligung bei rund 90 Prozent.

Die Wahl des Präsidenten wird in Uruguay erstmals per Stichwahl entschieden: Batlle gegen Vazquez heißt das Duell, das am 28. November ausgetragen wird. Jorge Batlle, der zum fünften Mal bei einer Präsidentschaftswahl antritt, hofft auf die Unterstützung der drittplatzierten, konservativen „Blancos“. Die „Colorados“ als liberal-konservative Partei stehen für die Beibehaltung des bisherigen neoliberalen Kurses des scheidenden Präsidenten Julio María Sanguinetti.

Zentrales Wahlkampfthema war der neolibrale Kurs, den sowohl der PC-Kandidat Jorge Batlle mit dem Wahlslogan „Für Uruguay und seine Menschen“, als auch PN-Kandidat Luis Alberto Lacalle („Mit den Blancos leben wir bes-



ser“), verkörpern. Lacalle, der bereits von 1990 bis 1994 das Präsidentenamt bekleidete, zeichnet gemeinsam mit der jetzigen Regierung für eine Reihe von Privatisierungen, die Erschütterung des staatlichen Gesundheitssystems sowie eine fragwürdige Bildungsreform verantwortlich. Das Rezept der beiden konservativen Kandidaten gegen die nach wie vor steigende Inflation und Arbeitslosigkeit heißt Liberalisierung des Marktes und Fixierung der Arbeitspolitik auf den Dienstleistungssektor.

Für eine Förderung von Industrie und Landwirtschaft hingegen steht das Konzept von EP-FA. Auch die Aufarbeitung der Militärdiktatur bis 1985, die von Regierungsseite eher blockiert als gefördert wurde, ist Teil der Forderungen des linken Bündnisses unter Vazquez. Demokratisierung und Entfilzung der staatlichen Verwaltung sind weitere Punkte ihres Wahlprogramms unter dem Motto „Veränderungen auf die uruguayische Art“.

Tabaré Vazquez unterstrich am Wahlabend erneut seine Kooperationsbereitschaft mit allen politischen Kräften und ging auf die Wählerschaft der politischen Mitte zu. Die „nüchterne und ernste Politik einer eventuellen linken Regierung wird sich gegen niemanden richten“, versicherte der Wahlsieger. Der Wahlerfolg des „Breiten Bündnisses“ EP-FA, einer Mischung aus Sozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, werde die Umsetzung der dringend notwendigen Veränderungen – „Erhöhung des Inlandproduktes, mehr Bürgerbeteiligung und eine bessere Sozial- und Arbeitspolitik“ – möglich machen.

Wie im übermächtigen Nachbarland Argentinien eine Woche zuvor, scheint auch in Uruguay die Zeit für den Wechsel gekommen. Im Gegensatz zur Allianz des neuen Präsidenten De la Rua allerdings erwarten von Vazquez Anhänger

wie Gegner tatsächlich Neues. Der neoliberalen Politik der bisherigen Regierungen will er eine Politik für das Volk, für die einfachen Leute entgegensetzen: mehr und bessere Wohnungen, Hilfen für die ständig steigende Zahl von Straßenkindern, einen staatlich regulierten Arbeitsmarkt, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und vor allem mehr Mitbestimmungsrechte für die Bevölkerung stehen im Wahlprogramm der Frente Amplio an vorderster Stelle.

Die Linke hat zehn Jahre demonstriert, dass sie keine „kommunistische Diktatur“ errichten will, womit vor allem die Partei des amtierenden Präsidenten in ihrer Verzweiflung über den befürchteten Wahlsieg der Frente den Uruguayos Angst einjagen wollte. Seit 1990 regieren sie äußerst erfolgreich und mit immer größeren Mehrheiten die Hauptstadt Montevideo, in der fast die Hälfte der Einwohner des Landes leben. Vazquez, Bürgermeister von 1990 bis 1995, versteht es geschickt, mit den Menschen umzugehen und alle Schichten der Bevölkerung anzusprechen.

Ob die beiden Parteien des bislang vorherrschenden Zweiparteiensystems, Colorados und Blancos, ihre Diskrepanzen überwinden können, um die „Wende und einen Triumph der fortschrittlichen Kräfte“ – so der bekannte uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano – verhindern zu können, bleibt fraglich. Doch auch für zu großen Enthusiasmus der Linken ist es bei aller Freude über den deutlichen Wahlsieg noch zu früh.

Als einziger der Gratulanten aus Uruguay begab sich Tabaré Vazquez am Montag persönlich nach Buenos Aires, um den neu gewählten Präsidenten Argentiniens, Fernando de la Rua, zu umarmen. Sollten die Umfragen recht behalten, kann Vazquez demnächst mit einem Gegenbesuch rechnen und Glückwünsche entgegennehmen. (poonal/hav)

Leonard Peltier Kampagne

„Ich weiß, dass meine Verfolgung zu einem Symbol für die Verfolgung geworden ist, mit der alle unsere Völker täglich konfrontiert sind“ – Im Rahmen des Leonhard-Peltier-Freiheits-Monats finden in den USA ab 30. Oktober und den ganzen November über zahlreiche Solidaritätsaktionen mit Leonard Peltier statt. Leonard Peltier ist seit 1976 im Gefängnis, seine Gesundheit ist zerrüttet.

Meine Brüder und Schwestern, es ist für mich kaum zu fassen, wie schnell das Jahr 2000 naht. Während ich in dieser Zelle sitze und an meine Enkelkinder, die so schnell wachsen, an meine verstorbenen Freunde und an die vielen Jahren meines Lebens, die mir genommen wurden, denke, ist mir auch bewusst, dass mein Leiden auf die Realitäten der Ureinwohner überall auf der Welt aufmerksam macht. Ich weiß, dass meine Verfolgung zu einem Symbol für die Verfolgung geworden ist, mit der alle unsere Völker täglich konfrontiert sind.

Aber ich habe die Hoffnung freigelassen zu werden nicht aufgegeben. Heute bitte ich euch aufzustehen und mich und alles, worauf ich stolz bin, die Würde, die Spiritualität und den Stolz der Ureinwohner der Erde, zu vertreten.

Es ist mein Traum, das, was die „Trail of Broken Treaties“ (Pfad der gebrochenen Abkommen) begonnen hat, fortzusetzen: ein Ereignis, das eine historische und andauernde Auswirkung auf das Denken und das Bewusstsein der Öffentlichkeit haben wird. Ein solches Ereignis hoffen wir in Washington DC in November dieses Jahr zustande zu bringen. Im November wird für meine Entlassungskampagne ein kritischer Monat sein.

Der Dezember wird wohl Clintons letzte Chance, mich zu begnadigen. In den zwei Monaten davor wird mein Verteidigungsteam um die Unterstützung des Kongresses für eine Begnadigung ersuchen. Deswegen wird im November starke öffentliche Unterstützung wichtig sein. Ironischerweise sind „Native American Heritage Month“ und Erntedankfest auch im November, so dass es ein verstärktes Interesse der Öffentlichkeit für die Ureinwohner geben wird ...

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine erfolgreiche Kampagne durchführen können, wenn wir unsere Kräfte bündeln. Ich sehe es vor mir, die ganze Pracht der Fahnen unserer indigenen Nationen, hoch über einem hochklassigen und öffentlichkeitswirksamen Ereignis vor dem Weißen Haus dieses Herbst. Mir wird's warm ums Herz bei dem Gedanken an verschiedenen indigenen Nationen, die einheitlich zusammenkommen, um Selbstbestimmung, Menschenrechte, Würde, kulturelle Bewahrung und meine Freiheit zu unterstützen. Informiert Euch über unsere Pläne und wie Ihr helfen könnt. *Im Geiste von Crazy Horse*

Leonard Peltier



Erinnerung an die Oktoberrevolution – Fast 180 000 Menschen haben am Sonntag in Russland den 82. Jahrestag der Oktober-Revolution von 1917 gefeiert. Bei der zentralen Kundgebung in Moskau rief KP-Chef Gennadi Sjukanow zur Bündelung der linken Kräfte bei den Duma-Wahlen auf.

In der Ukraine und Belorussland gingen rund 10000 Menschen auf die Straßen. Eine Woche vor den Präsidentschaftsstichwahlen in der Ukraine forderte der kommunistische Herausforderer Pjotr Simonenko vor etwa 10 000 Menschen die Unterstützung aller Linken ein. In Moskau hatten etwa 7000 Menschen demonstriert und in Sankt Petersburg, etwa 18 000. Insgesamt wurden in Russland laut Innenministeriums etwa 180 000 Teilnehmer gezählt.

Frankreich: Immigranten raus

Seit anderthalb Jahren bemüht sich die Linkskoalition in Paris, eines ihrer Wahlversprechen einzulösen: Die „Legalisierung“ bestimmter Einwanderer Gruppen. Jetzt kommt Kritik aus den eigenen Reihen. Nach Meinung von Innenminister Jean-Pierre Chevènement waren die Behörden so sehr mit der Einbürgerung beschäftigt, dass sie ihre eigentliche Aufgabe dafür vernachlässigt haben. In einem Rundschreiben, das letzte Woche von der Tageszeitung Libération veröffentlicht wurde, fordert er die Präfekten dazu auf, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Um die Quote zu steigern, sollen die Behörden nun systematisch die Personenkontrollen an „Orten, an denen Illegale normalerweise konzentriert sind“, verstärken.

Österreich: GLB verurteilt deutsche Panzerlieferungen in die Türkei

Einen energischen Protest gegen die von der rot-grünen deutschen Bundesregierung beschlossene Lieferung von tausend Panzern in die Türkei beschloß der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) Oberösterreich bei seiner Landeskonferenz am 30. Oktober 1999. Der GLB fordert gleichzeitig deutsche und österreichische Gewerkschaften auf, diese Maßnahmen vehement zu bekämpfen und verlangt auch von der österreichischen Bundesregierung eine Verurteilung. Angesichts der anhaltenden Verfolgung und Unterdrückung von Gewerkschaften und politischer Opposition in der Türkei, dem Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk und andere nationale Minderheiten sowie der Unfähig-

keit der türkischen Regierung, die Opfer des katastrophalen Erdbebens in der Region Izmit im Sommer 1999 auch nur minimal zu versorgen, bedeutet diese Panzerlieferung eine bewußte Unterstützung einer verbrecherischen Politik. Die türkische Regierung plant eine gigantische Aufrüstung ihrer Armee (Heer 520.000, Marine 64.000, Luftwaffe 56.000 Mann), die schon derzeit die zweitstärkste innerhalb der NATO ist. Bis 2007 sollen 410 Mrd. Schilling, bis 2025 sogar unglaubliche 1.900 Mrd. \$ für die Aufrüstung der hochverschuldeten Türkei als Regionalmacht im Mittleren Osten verpulvert werden, wobei sogar die Anschaffung von Flugzeugträgern vorgesehen ist. Damit wird die Türkei immer mehr zu einer Bedrohung des Friedens auch im Mittelmehr.

Neue Kampagne zur Unterstützung der Nike-ArbeiterInnen

Ein neuer Unterschriftenbrief soll einen Wendepunkt in der internationalen 9-jährigen Kampagne zur Unterstützung für die Nike-ArbeiterInnen bringen. Das Entstehen einer unabhängigen Gewerkschaft unter den indonesischen Nike-ArbeiterInnen ist ein entscheidender Fortschritt vor dem Hintergrund einer Nike-Politik, mit Unterstützung von Regierungen die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Für das von der Bevölkerungszahl viertgrößte Land der Welt, Indonesien, das sich im Wandel befindet, gibt der Nike-ArbeiterInnen-Kampf um die Organisationsfreiheit und das Kollektivvertragsverhandlungsrecht wichtige Impulse für die Demokratisierung des Landes.

Das sei nicht nur ein weiterer Brief, sondern Beginn einer internationalen Nike-ArbeiterInnen-Kampagne ausgehend von Indonesien. Lokale AktivistInnen, GewerkschafterInnen, StudentenInnen etc. sollen in die Aktion einbezogen werden: Unterschriftenkampagnen, Publizieren des Briefes in Zeitungen, auf Treffen von Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Schulklassen, Klubs etc.; Flugblattaktionen vor Nike-Geschäften. Ein Flugblatt kann bald von der Website www.summersault.com/~ajg/clr abgerufen werden. Haryantos Geschichte in kurzen Widerstands-Theaterstücken oder auf Anti-Sweatshop-Demonstrationen, konfrontiert damit die lokalen Nike-Repräsentanten. Bitte sendet Eure Zustimmung zum Brief an clr@igc.apc.org und informiert auch über Aktivitäten.

10.000 fordern in Paris für die Freiheit für Mumia Abu Jamal

10.000 GewerkschafterInnen und AktivistInnen versammelten sich am 15.10.1999 im Sport Palais, um sich mit Mumia Abu-Jamal zu solidarisieren. VertreterInnen von Gewerkschaften und politischen Parteien aus allen Kontinenten begrüßten die Versammlung. Tetevi Norbert Gbikpi-Benissan, Präsident der Federation of Independent Trade Unions of Togo (UNSIT) und Begründer des International Tribunal on Africa, berichtete über seine Sechs-Städte-Tour durch die USA, wo er Gespräche mit VertreterInnen des Afroamerikanischen Befreiungskampfes über den Kampf für die Freiheit Mumia Abu-Jamals führte. Gouverneur Tom Ridge hat den Hinrichtungsbefehl für den 2. Dezember unterschrieben. In einem offenen Brief wurden Präsident Clinton und Janet Reno aufgefordert, für eine unmittelbare Untersuchung der Unterdrückung von Mumias Bürgerrechten durch die Polizei und Justiz Philadelphia zu intervenieren. Die Pariser Versammlung mit TeilnehmerInnen aus 30 Ländern nahmen begeistert den Vorschlag auf, eine massive Unterschriften-Versammlungen-Kampagne für diesen Offenen Brief durchzuführen. Die Kampagne beinhaltet Massenprotestaktionen vor US-Botschaften und Konsulaten in der ganzen Welt. Das Liaison-Komitee für eine Arbeiterinternationale, das in 92 Ländern vertreten ist, setzt ebenfalls alle seine Energien hinter diese Kampagne. Weiters wurde eine Delegation nach Washington beschlossen, die Janet Reno und Vertretern der Clinton Administration nächste Woche zehntausende Petitionen übergeben sollen.

Mehr Informationen über diese Briefkampagne unter: International Tribunal on Africa – ILC, P.O. Box 40009, San Francisco, CA 94140, Tel. (415) 626 1175; Fax: (415) 626-1217; email <ilc@energy-net.org> <Alan Benjamin>

Zusammenstellung: hav



Aktion von Arbeitslosen am 28. Okt. Nächster Termin: 10. Dezember

BERLIN. Mit Infoständen, Flugblättern, Aktionen und Unterschriftensammlungen protestierten im ganzen Bundesgebiet über 10000 Leute aus Initiativen der Arbeitslosenbewegung in 180 Städten am sog. Weltspartag gegen den Sozialabbau durch die rot-grüne Koalition (Bild: Augsburg). „Fast 25 Prozent des 30-Milliarden-Sparpakets gehen zu Lasten von Arbeitslosen. Dies hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun“, faßt die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen die Proteste zusammen. – Die Euromarsch-Initiativen rufen für den 10. Dezember zu einem europaweiten Aktionstag gegen Arbeitszwang auf. Anlass ist der EU-Gipfel in Helsinki. Zur Koordinierung des Netzwerks Euromärsche werden sich am 13./14. November 100 VertreterInnen unterschiedlicher Vereinigungen aus Europa in Brüssel treffen. Weitere Infos unter: <http://home.link-m.de/ggoetz/eurom>

Protestaktion gegen Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld

BIELEFELD. Am 27. Oktober führte die Antifaschistische Initiative im Bielefelder Westen eine Protestaktion gegen die Aktivitäten der schlagenden Studentenverbindung „Normannia-Nibelungen“ durch. Die Polizei sperrte während der Demonstration von ca. 130 Personen für 3 Stunden die Straße zum Verbindungshaus. „Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie an der Schloßhofstraße ein neues Neonazizentrum entsteht“, erklärte die Antifa-Initiative und führte dazu zahlreiche Hinweise auf: Im Mai dieses Jahres gab es dort eine Vortragsveranstaltung mit Horst Mahler. Seinen Warnungen vor „Überfremdung“ lauschten rund 80 Personen, u.a. auch Glatzköpfe mit Springerstiefeln. Den Büchertisch betrieb der stadtbekannte Neonazi Meinhard Otto Elbing. Der derzeitige Sprecher der aktiven Burschen, Marc Strothe, wurde als Mitglied der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) geführt. Zwischenzeitlich war er Chef der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in Ostwestfalen. Zusammen mit dem ehemaligen Sprecher der Burschenschaft, Christoph Amendt, und Björn Hauptfleisch, einem Autor in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die dem „intellektuellen Rechtsextremismus“

zugeordnet wird, gehört Strothe zu den Gründungsmitgliedern der „Initiative Hochschulrecht“. Die kleine Gruppe rechter Studenten hat in Bielefeld eine Initiative des Hochschulverbandes der „Republikaner“ aufgegriffen und versucht, durch Klagen die Arbeit des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität zu behindern. Auf der Vortragsveranstaltung am 27. Oktober sollte der Chefredakteur des „Westfalen-Blattes“, Rolf Dressler, sprechen. Dieses Organ mußte mehrfach Rügen des Presserates einstecken. Erst vor wenigen Wochen, so das Organ von Alfred Mechtersheimers „Deutschlandbewegung“, trat Dressler zusammen mit Rechtsextremen in Bad Pyrmont auf. Angesichts der antifaschistischen Proteste sagte Dressler seinen Vortrag am 27.10. ab. Die Burschenschaft bezeichnete ihr Haus als eine „Oase der Meinungsfreiheit“ und erklärte, der Vortrag würde nachgeholt. *Aufruf zur Antifa-Aktion: CL-Netz: Antifa-West@Bionic.zerberus.de*

Entschädigungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

KIEL. Der VVN/BdA Landesvorstand Schleswig-Holstein fordert in einem Schreiben die Landtagsparteien auf, rasch tätig zu werden und „die in diesem Lande in Betracht kommenden Unternehmen aufzufordern, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, damit die Überlebenden der Zwangsarbeit endlich eine finanzielle Entschädigung in einer solchen Höhe erhalten, die den Begriff Entschädigung nicht als Farce erscheinen läßt.“ Die PDS Schleswig-Holstein begrüßt diese Initiative und fordert darüber hinaus die Landesregierung auf, selbst aktiv zu werden, um die Bundesstiftung zu unterstützen. Unternehmen, die keine angemessene Entschädigung zahlen wollen, müßten von allen Formen öffentlichen Förderungen ausgeschlossen werden.

Renate Schmidt (SPD) aus der DFG-VK ausgetreten

MÜNCHEN. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt ist aus der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen ausgetreten. Gegen sie lagen mehrere Anträge auf Ausschluß vor, denn in der Grundsatzerklarung der DFG-VK heißt es: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beisetzung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Auf dem 12. Bundeskongress der DFG-VK am 31.10.99 in München wurde von der großen Mehrheit der anwesenden Delegierten die Beendigung der Mitgliedschaft der stellv. SPD-Bundesvorsitzenden begrüßt und der weitere Kampf gegen die Kriegs- und Rüstungsexport-Politik der Bundesregierung als wichtiges politisches Ziel der Friedensorganisation angekündigt. bas

Tagung: Wissenschaft und Macht

MÜNSTER. Die Heinrich Böll-Stiftung NRW führt zusammen mit dem Bund Demokratischer Wissenschaftler/-innen vom 26.–28. November in Münster eine Tagung durch, die unterstützt wird von BAG Wissenschaft ... B 90/Die Grünen, Juso-Hochschulgruppen, Juso-Landesverband NRW, LAG Hochschulpolitik Die Grünen NRW, Freier Zusammenschluß der StudentInnenschaften (fzs), GEW-BASS (Bundesausschuß Studentinnen und Studenten), AK Studierendenpolitik in und bei der PDS, Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), JungdemokratInnen/Junge Linke. Am Freitag findet das Eröffnungsplenum statt. Das Referat zum Thema „Neoliberaler Deregulierung des Bildungssystems und emanzipatorisches Lernen“ hält Christina Kaindl, FU Berlin. An den beiden folgenden Tagen finden 3 Foren statt und ein Abschlußplenum, das auch eine Generaldebatte zu den neuen Formen studenter Politik führen will. Die Themen der Foren lauten: 1. „Verbetriebswirtschaftlich“ der Hochschulstrukturen und Ökonomisierung der Wissenschaft – Das Aus für feministische Politik? 2. „Informationsgesellschaft“, Lebenslanges Lernen, Deregulierung von Bildung und Wissenschaft. 3. Wissenschaft und soziale Macht. Anmeldeschluß ist der 19.11. Anmeldung und Informationen: BdWi Bonn e.V., Reuterstr 44, 53113 Bonn, Telefon 0228/219946, Fax: 0228/214924



Kampagnenziele für das nächste Jahr

BERLIN. Im Oktober hat die Mitträgerversammlung der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ – einem Bündnis von mehr als 1800 entwicklungspolitischen und kirchlichen Organisationen – ihre Ziele für das Jahr 2000 festgelegt. Im Mittelpunkt der Arbeit wird zum einen die Ausweitung der in den vergangenen Monaten von Gläubigern beschlossenen Erlasse für hochverschuldete arme Länder stehen. Zudem will die Kampagne die Einführung eines internationalen Insolvenzverfahrens verbunden mit einer grundlegenden Änderung der Struktur anpassungsprogramme durchsetzen. Wichtiger Diskussionspunkt waren die Bedingungen, die die Schuldnerländer vor einem Erlaß erfüllen müssen. Jürgen Kaiser, Koordinator von „Erlaßjahr 2000“, erklärt: „Vor allem müssen die Wirtschaftsreformprogramme in den Schuldnerländern selbst entwickelt werden. Daran muß die Zivilgesellschaft beteiligt sein. Nur solche selbstbestimmten Programme können garantieren, daß die Interessen der Armen berücksichtigt werden.“ <http://webserver.comlink.org/erlassjahr2000>

Fregatten verschrotten statt Sozialabbau! Stoppt Kriegsschiffbau und –export!

Am 1. Dezember 1999 soll bei Blohm + Voss die Taufe der teuersten deutschen Kriegswaffe seit dem Zweiten Weltkrieg zelebriert werden. Die neue High-Tech-Fregatte SACHSEN ist die erste von drei der neuen Klasse F 124 für die Deutsche Marine und kostet nicht weniger als 1.250 Millionen DM pro Stück.

Dieses Kriegsschiff ist teurer als jeder Luxusliner der Welt. Mit den Entwicklungskosten und der Ausstattung mit Bordhubschraubern und Waffen verschlingen sie zusammen Steuergelder in Höhe von mindestens 3,84 Mrd. DM. Allein der Betrieb der Kriegsschiffe kostet jährlich über 100 Mio. DM.

Der Beitrag aus Hamburg: Fregatten und Korvetten für neue Kriege

Im neuen militärischen Konzept kommt den Kriegsmarinen eine besondere Bedeutung zu. Denn die Ständigen Einsatzverbände der NATO gelten als „Krisenreaktionskräfte der ersten Stunde“. Dementsprechend wendet sich die Einsatzplanung der Deutschen Marine weg von der Nord- und Ostsee hin zum Mittelmeer und darüber weit hinaus („out-of-area“). Schwerpunkt der Umrüstung der Deutschen Marine ist die Konzentration auf den Überwasserseekrieg in flachen, fremden Küstengewässern. Für künftig insgesamt fünf deutsche Einsatzverbände, von denen ständig zwei auf See sein sollen, sind 15 neuartige Korvetten in Planung. Mit den speziell für den Flachwasserkrieg konzipierten Korvetten soll nach offizieller Planung der „Verbund des Überwasserseekrieges von der Hohen See bis in die Küste hinein verwirklicht“ werden können. Dabei leiten die Fregatten als zentrales Schiff des Verbandes von Hoher See aus den Krieg.

Mit Hilfe weitreichender Flugabwehrraketen ist die Fregatte SACHSEN das erste deutsche Kriegsschiff, dass die Luftverteidigung für einen ganzen Kriegsschiffsverband übernehmen kann. Damit handelt es sich mit den drei Fregatten der neuen Baureihe F 124 nicht um einen bloßen altersbedingten Ersatz für die drei Zerstörer, sondern „im Marine-Überwasserschiffbau um einen technischen Quantensprung“ (B+V-Chefkonstrukteur Sadler).

Für die Korvetten wird eine Tarnkappenbauweise angestrebt. Ausgestattet werden sollen sie mit manuell fernsteuerbaren, sehr präzisen Bomben (POLYPHEM), die noch in 60 km Entfernung durch eine Öffnung von 30 cm Durchmesser gelenkt werden können. Die Firma DASA kündigt das Ende der Ent-

wicklung dieses weltweit einzigartigen Tötungsinstruments für 2006 an. Auch die vollautomatische Verwendung einer Marinedrohne zur Ortung sowie der geplante Einsatz einer 150 km weit schießenden Antischiffsракete machen allein die Korvetten zu äußerst gefährlichen Kriegsschiffen. Mit der parlamentarischen Behandlung für den Bau der ersten fünf Korvetten ist noch vor der Sommerpause 2000 zu rechnen. Die erste Corvette soll 2004 fertig sein. Auch B+V bewirbt sich um diesen profitablen Auftrag, für den bereits langfristig 5,25 Mrd. DM im Bundesetat eingeplant sind.

Dass die Bundesregierung mit Abrüstung nichts im Sinn hat, machen auch aktuelle Planungen für den „Ersatz“ der acht Fregatten des Typs F 122 deutlich. Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium peilen jetzt schon ab dem Jahr 2010 den Zulauf von ebenfalls acht Fregatten des Typs F 125 an. Dass es auch anders geht, zeigt Schweden: es halbiert ihre Überwasserkampfschiffe bis 2004.

Deutschland ist weltweit führend im Export von Fregatten

B+V ist daran maßgeblich durch den Export und die Vergabe von Baulizenzen für

Bevölkerung wird nicht genommen. Dazu Herbert von Nitzsch (Vorsitzender der Geschäftsführung von B+V): „Wenn wir es nicht machen würden, macht es eben jemand anders.“

Rüstung schafft keine Arbeitsplätze

Ein immer wiederkehrendes Argument der Rüstungsindustrie, mit der Kriegswaffenproduktion und dem -export würden Arbeitsplätze erhalten, ist falsch. Seit der Umstellung von vorwiegend ziviler auf vorwiegend der Rüstung dienender Produktion wurde die Zahl der Werftarbeiter bei B+V von 4.000 Mitte der 70er Jahre auf heute 400 gesenkt.

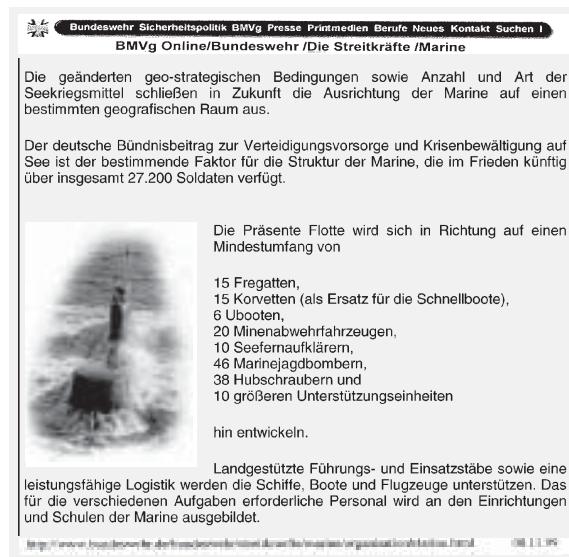
Einsparungen: unsozial und militärfreundlich

Verteidigungsminister Scharping sieht die insgesamt 3,5 Mrd. DM für das Jahr 2000 als die letzte Sparleistung seines Hauses an. Er forderte bereits „20 Milliarden zusätzlich für die Bundeswehr“ in den „nächsten zehn Jahren.“ Der Einspareffekt für die Deutsche Marine soll denn auch im Jahr 2000 bei sehr bescheidenen 22,7 Millionen DM liegen, während sich die Bundesregierung allein bei der Beschränkung der Rentenerhöhung auf den Inflationsausgleich einen Einspareffekt von 1,1 Mrd. DM im Jahr 2000 errechnet. Dieses militärfreundliche Beispiel ist sinnbildlich für die soziale Unausgewogenheit der Einsparmaßnahmen und unterstreicht den aggressiven Charakter deutscher Militär- und Außenpolitik.

Wir setzen uns ein für

- den sofortigen Stopps des Fregatten- und Korvettenprogramms der Deutschen Marine und die zügige Stilllegung und Verschrottung aller deutschen Kriegsschiffe,
- das Verbot aller Waffenexporte,
- den Stopps der Auslandseinsätze der Bundeswehr,
- die Auflösung der „Krisenreaktionskräfte“ und der Bundeswehr,
- den Vorrang des Ausbaus von Mechanismen nicht-militärischer Konfliktlösungen,
- eine Steigerung der Sozialausgaben zu Lasten von Rüstungsausgaben und Bundeswehr,
- die unverzügliche Einleitung einer Strukturpolitik von Bund, Land und EU, die die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter anstrebt (Konversion),
- ein Gesetz zur öffentlichen Meldepflicht von Waffenexporten (Hamburger Waffenexportregister) solange noch Kriegswaffen in Deutschland produziert werden!

Aus dem Aufruf des Hamburger Forums


 Bundeswehr Sicherheitspolitik BMVg Presse Printmedien Berufe Neues Kontakt Suchen
 BMVg Online/Bundeswehr /Die Streitkräfte /Marine
 Die geänderten geo-strategischen Bedingungen sowie Anzahl und Art der Seekriegsmittel schließen in Zukunft die Ausrichtung der Marine auf einen bestimmten geografischen Raum aus.
 Der deutsche Bündnisbeitrag zur Verteidigungsvorsorge und Krisenbewältigung auf See ist der bestimmende Faktor für die Struktur der Marine, die im Frieden künftig über insgesamt 27.200 Soldaten verfügt.
 Die Präsente Flotte wird sich in Richtung auf einen Mindestumfang von
 15 Fregatten,
 15 Korvetten (als Ersatz für die Schnellboote),
 6 Ubooten,
 20 Minenabwehrfahrzeugen,
 10 Seefahrzeugträgern,
 46 Marinejagdbombern,
 38 Hubschraubern und
 10 größeren Unterstützungseinheiten
 hin entwickeln.
 Landgestützte Führungs- und Einsatzstäbe sowie eine leistungsfähige Logistik werden die Schiffe, Boote und Flugzeuge unterstützen. Das für die verschiedenen Aufgaben erforderliche Personal wird an den Einrichtungen und Schulen der Marine ausgebildet.

bisher 36 Fregatten an acht Länder beteiligt. Erst im vergangenen Dezember übergab die Werft ein weiteres Kriegsschiff an die Türkei („die modernste Fregatte aller NATO-Flotten“). Hartnäckig strebt B+V als führende Werft des deutschen Fregattenkonsortiums nach Bauaufträgen für Kriegsschiffe. So war sie in den letzten Jahren erfolgreich in Malaysia, Südafrika, Australien, Türkei, Griechenland und Neuseeland. Sie bemüht sich weiter um Aufträge in der Golf-Region und in Südostasien. Rücksichten auf Spannungsgebiete, die menschenrechtliche Situation oder die soziale Lage der

Keine Millenniumrunde der WTO !

Wir müssen den erneuten Versuch eines Investitionsabkommens zugunsten der transnationalen Konzerne verhindern!

Ende November 1999 wird in Seattle (USA) der Ministerrat der Welthandelsorganisation (WTO) tagen. Nachdem unter dem Druck des weltweiten Widerstands das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) im Oktober 1998 scheiterte, soll nun auf dieser Tagung eine weitere Runde der Liberalisierung der Weltwirtschaft zugunsten der transnationalen Konzerne (TNKs) initiiert werden. Die Betreiber dieser sogenannten „Millenniumrunde“ verfolgen dabei die gleichen anti-demokratischen Ziele wie im vorher zu Fall gebrachten MAI. Ja, sie wollen noch umfassendere Vertragswerke verwirklichen, um die geplante Konzernherrschaft in allen Ländern der Welt auf Dauer zu etablieren.

Die WTO ist eine Organisation, in der die Entwicklungsländer die Mehrheit haben. Man könnte also meinen, da könne doch kein neuer Vertrag zustande kommen, der nicht ihrem Interesse dient. Aber alle Entwicklungsländer sind bei den G7-Ländern, dem IWF, der Weltbank hoch verschuldet. Sie sind von deren Wohlwollen abhängig, viele sogar erpressbar geworden. Zwar lehnen einige von ihnen die Millenniumrunde ab, weil sie fürchten, dass die vorgeschlagenen neuen Verträge sie in eine noch tiefere, neokoloniale Abhängigkeit von einigen TNKs bringen würden. Andere aber unterstützen den Vorschlag einer neuen Liberalisierungsrunde, weil dort der übliche Interessengegensatz zwischen der herrschenden Elite und der Mehrheit des Volkes auch im Bereich des Welthandels und grenzüberschreitender Investitionen besteht. Das ist auch der Fall in den Industrieländern einschließlich Deutschlands und der anderen EU-Länder. Das ist der Grund, warum die herrschenden Eliten dieser Länder diese neue Offensive durch die EU-Kommission starteten, deren Außenhandelskommissar selbstherlich, ohne jedwede parlamentarische Kontrolle über die Millenniumrunde verhandelt. Die geplanten neuen Verträge werden zur Etablierung der weltweiten Konzernherrschaft und zur weiteren Entdemokratisierung führen. Sie würden der Mehrheit der Menschen schaden – auch in den Industrieländern. Darum gibt es in vielen WTO-Mitgliedsländern eine große Protestbewegung – in dem reichsten Industrieland USA genauso wie in Bangladesch. Über 1100 NROs und Basisorganisationen in diesen Ländern fordern in einer gemeinsamen Erklärung, dass keine neue Verhandlungsrunde in der WTO eröffnet wird. Wir schließen uns ihrem Protest an und rufen zum Widerstand auf! Beteiligen Sie sich am Aktionstag 30.11.! Netzwerk gegen Neoliberalismus

30. November – antikapitalistischen Aktionstag

AktivistInnen aus einer Vielzahl von Gruppen und sozialen Bewegungen weltweit sind momentan dabei, einen globalen Aktionstag am 30. November zu diskutieren, zu organisieren, und Netzwerke hierfür zu bilden. An diesem Tag werden sich Mitglieder aus 150 Regierungen in Seattle zu einer Konferenz der World Trade Organization (WTO) treffen und dort die Politik einer weltweit eskalierenden Ausbeutung von Mensch und Natur vorantreiben. Es wird u.a. Versuche geben, eine neue Version des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) durchzusetzen, die Ausbeutung „genetischer Ressourcen“ des Südens zu intensivieren, und über eine neue Runde von Freihandels-Verhandlungen die neoliberalen Umstrukturierungen der letzten zwei Jahrzehnte fortzusetzen.

Während sich in Seattle ein Bündnis radikaler AktivistInnen gebildet hat, um vor Ort Aktionen gegen die Konferenz zu organisieren, planen Gruppen aus anderen Regionen der Welt, in ihren jeweiligen Umgebungen aktiv zu werden. Die grosse Mehrheit dieser Gruppen sieht das WTO-Treffen zwar als passenden Auslöser, nicht aber als alleiniges Ziel von Aktionen. Die WTO ist ein wichtiger Bestandteil, nicht weniger aber auch nicht mehr, globaler kapitalistischer Strukturen und des gesellschaftlichen Systems, welches sie fördern und erhalten. Dieses System, aufbauend auf der Ausbeutung von Mensch und Natur für den Profit der wenigen, ist die Wurzel unserer sozialen und ökologischen Probleme und seine Überwindung daher unser hauptsächliches Ziel.

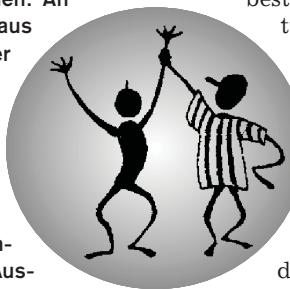
Im Hinblick auf die beschriebenen Entwicklungen rufen wir linke, antiautoritäre Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, am 30. November ihre eigenen, unabhängigen Aktionen, Proteste, Feste gegen das kapitalistische System zu organisieren. Unsere gleichzeitige und koordinierte Transformation der herrschenden Ordnung weltweit – in den Straßen, Stadtvierteln, Feldern, Fabriken, Büros, Wirtschaftszentren, Finanzdistrikten usw. – könnte getrennte und einseitige Kämpfe zusammenführen und alternative soziale und ökonomische Strukturen aufbauen.

Dieser Aufruf gliedert sich daher ein in den gegenwärtigen Prozess des Aufbaus einer starken, kreativen, antihierarchischen und dezentralen Bewegung ge-

gen die politischen und ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Denn wenn wir erkennen, dass die meisten Problemfelder nicht isoliert voneinander bestehen, sei es die Ausbeutung von ArbeiterInnen, Naturzerstörung, die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, oder die Vertreibung indigener Bevölkerungen im Rahmen von „Entwicklungs“-Programmen, dann sehen wir auch die Wichtigkeit des gegenseitigen Austauschs und gemeinsamen Handelns gegen kapitalistische Strukturen. Nur ein weitreichendes Netzwerk von lokalen, regionalen und globalen Verbindungen zwischen systemkritischen Gruppen, die unabhängig von diesen Strukturen agieren und über direkte Aktionen Veränderungen anstreben, kann unserer Meinung nach die Macht dieser Strukturen angreifen und auflösen, und bessere, dezentrale soziale Strukturen ermöglichen ...

Auch dieser Vorschlag für den 30. November hat seinen Ursprung in einer global koordinierten Aktion. Am 18. Juni dieses Jahres, gleichzeitig mit der G7-Konferenz in Köln, verbanden linke Gruppen und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt ihre jeweiligen Kämpfe zu einem Aktionstag gegen das globale kapitalistische System. Der Tag brachte, u.a., Großdemonstrationen in Pakistan und Bangladesch; Strassentheater, wie etwa eine gefakte Handelsmesse in Uruguay; die Besetzung des Londoner Finanzdistrikts durch 15.000 feiernde Menschen, inklusive teils massiver Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht; Strassenparties und Besetzungen privatisierter Räume in Spanien, Italien, Kanada, diversen US-amerikanischen Städten und vielen anderen Orten; Protestaktionen von 10.000 Menschen in Nigeria gegen die Ölindustrie und Imperialismus; Tortenwerfen auf prominente PolitikerInnen in Australien.

Der Aktionstag am 30. November baut auf den Erfahrungen und Ideen des 18. Juni auf. Er soll als dezentrales und informelles Netzwerk von unabhängigen Gruppen und Bewegungen fungieren. Jede Aktion würde autonom von der jeweiligen Gruppe organisiert und in den Zusammenhang von lokalen, regionalen und globalen Bündnissen gestellt. Eine weitverbreitete, nützliche und spaßbringende Idee ist, eine unangemeldete Strassenparty als Rahmen und Ausgangspunkt für weitere Aktionen zu veranstalten ... Auszug aus dem Aufruf zum 30. November. Quelle und Infos: <http://come.to/netzwerk-gegen-neoliberalismus>



„EXPO umzingeln – Die Vision einer anderen Welt bleibt“

Selbstbestimmung und Befreiung der Menschen anstatt Freiheit der Märkte und Technokratie fordern die TeilnehmerInnen des 22. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen (BUKO), der vom 28. bis 31. Oktober 1999 in Hannover tagte. Unter dem Motto „MACHT ZUKUNFT SPASS“ diskutierten über 300 TeilnehmerInnen über „Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt“. Neben den BUKO-Mitgliedsgruppen waren Anti-EXPO-Gruppen, ökologische Initiativen, feministische Gruppen und Organisationen von Flüchtlingen und EinwandererInnen vertreten.

Konsens herrschte über die Bewertung der Weltausstellung EXPO 2000 und die Notwendigkeit, dagegen Widerstand zu leisten. Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen beschäftigten sich mit der von der EXPO 2000 verkörperten Ideologie, die Zukunftsprobleme für die gesamte Menschheit durch Hochtechnologie und die Durchsetzung des Marktes lösen zu können. Als „Schaufenster des modernen Kapitalismus“ behauptet die EXPO, es gäbe keine Alternative zur marktwirtschaftlichen Globalisierung. Von den VerliererInnen der Globalisierung, von den gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ausgrenzung und Vereindlung ist auf der „Zukunftsmesse“ keine Rede. Zum Beispiel schlägt die EXPO vor, den Welthunger durch Gentechnologie zu bekämpfen. Die KongreßteilnehmerInnen sind sich einig, daß das Ende des Hungers auf der Welt jedoch nur durch eine gerechtere Weltordnung hergestellt werden kann. Zentrale Themen der Entwicklung in Deutschland, Europa und der Welt bleiben ausgeblendet, z.B. die Ausgrenzung von Flüchtlingen und ihre Bedrohung durch massive Abschiebungsverfahren.

Der Kongreß nahm die EXPO 2000 zum Anlaß, die Debatten über emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen. Die Utopien von solidarischen Lebenszusammenhängen standen im Zentrum der vier Foren. Sechzehn Arbeitsgruppen diskutierten zwei Tage lang über Chancen und Perspektiven, mehr Kooperation zwischen sozialen und politischen Bewegungen in Deutschland, Europa und aus anderen Kontinenten zu entwickeln. Auch praktisch trug der BUKO 22 durch die Beteiligung von Gästen aus anderen Ländern und Kontinenten bereits zu einer stärkeren Vernetzung bei.

An konkreten Beispielen aus Südafrika zeigte der Gastredner Prof. Neville Alexander, dass es Ansätze gibt, um Alternativen zum herrschenden System zu entwickeln. Der entsprechende Begriff aus dem Zulu ist dafür: „THEMBA = There must be an alternative“. Aus PE des BUKO 31.10 – <http://www.xposition.de>

Ausländerbeirat und Selbsthilfe

MÜNCHEN. Der Ausländerbeirat der Stadt München beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Thema Selbsthilfe und hat sich für die Organisation eines Informationstages eingesetzt. Dieser fand am 7. November im Selbsthilfenzentrum statt. Diskussionspunkte dort waren z.B.: Woran liegt es, dass die ausländische Bevölkerung kaum in der Selbsthilfförderung vertreten ist? Geht das städtische Angebot am Bedarf dieser Bevölkerungsgruppe vorbei? Warum beantragen beispielsweise ausländische Eltern-Kind-Gruppen keine Mittel aus dem Topf der Selbsthilfförderung? Oder wie geht die ausländische Bevölkerung in München mit ihren Gesundheitsproblemen um? Sieht sie keinen Bedarf, sich zusammenzuschließen und entsprechende Fördermittel in Anspruch zu nehmen?



Konferenz für soziale BürgerInnenrechte

HAMBURG. Jedes Jahr aufs Neue dreht sich auch in Hamburg die Sparspirale. Haushaltskonsolidierung und „intelligentes Sparen“ heißt nicht nur Armut, sondern auch Ausgrenzung, Zwangsmaßnahmen, Demütigung und Entrechtung. Höchste Zeit also für Opposition, für Kritik und die Entwicklung von Gegenpositionen. Die Konferenz „Lichter der Großstadt“ will dieses Signal setzen, Opposition zusammenführen, gemeinsame Diskussionen anstoßen und Widerstand denkbar machen. 27. November 10–18 Uhr Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP).

Jugendamt wird aufgelöst

KASSEL. Das hessische Landesjugendamt in Kassel soll mit seinen 150 Mitarbeitern bis zum Jahr 2001 aufgelöst werden. Nach Angaben der hessischen Staatskanzlei werden die meisten Aufgaben des Amtes auf die Kommunen übertragen, überregionale Arbeitsfelder übernimmt das Sozialministerium. Die Auflösung ist Teil der Verwaltungsreform, mit der bis zum Ende der Legislaturperiode rund 6000 Stellen eingespart werden sollen.

Kommunale Arbeitszeitpolitik

BERLIN. Das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, untersuchte in vier Städten – Bonn, Karlsruhe, Münster und Wolfsburg – die Auswirkungen der veränderten Arbeitszeiten für die kommunale Politik und veröffentlichte diese in einer Studie. Behandelt werden soziale Probleme, Individualisierung der Verkehrs-, Erhöhung des Energieverbrauchs, abnehmbare Planbarkeit von Weiterbildung und gesellschaftlichem Engagement sowie steigender Flächenverbrauch. Studie: Eberling, Matthias; Henckel, Dietrich: *Kommunale Zeitpolitik. Veränderte Arbeits- und Betriebszeiten – Kommunale Handlungsmöglichkeiten*. Berlin, Edition Sigma.

Gemeinderatssitzung auf der B300

DIEDORF/GESSERTSHAUSEN. Drei Stunden lang war die stark befahrene B300 am 30. Oktober gesperrt, da die Gemeinderäte von Diedorf und Gessertshausen bei Augsburg ihre Sitzung auf die Bundesstraße verlegt hatten. Hunderte Bürger unterstützten die deutschlandweit bisher einmalige Aktion. Rund 25000 Fahrzeuge rollen täglich über die B300, die beide Orte durchschneidet. Durch die Aktion wollen die Orte Druck auf die Oberste Baubehörde in München und das Bundesverkehrsministerium machen, damit diese die Raumordnungsverfahren zur Umsetzung der vorliegenden Vorschläge für eine Umgehungsstraße genehmigen. Rund 800 Unterschriften kamen dafür während der Sitzung auf der Straße zusammen.

Prioritäten der PDS-Kommunalpolitik

MAGDEBURG. Die Mehrheit des Stadtrates hat in den vergangenen Jahren pauschale Einsparungen beschlossen, die trotz höheren Bedarfs zur Verringerung von ABM-Stellen und anderer städtischer Leistungen geführt haben. Gebühren wurden dagegen regelmäßig deutlich erhöht. Angesichts drohender weiterer Einschnitte hat die Stadtratsfraktion der PDS über ihre Prioritäten diskutiert. Diese sind u.a.: Sofortiger Beginn der Errichtung des in Rothensee geplanten Kreislaufwirtschaftszentrums, um dort Arbeitsplätze zu schaffen, Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt, einschließlich der Schaffung des Sozialhilfebetriebes mit 600 Stellen, schnellere Ansiedlung von Gewerbe, Verzicht auf Prestigeobjekte wie z.B. eine Haube auf dem Südturm der Johanniskirche.

Kommunale Wirtschaft in der Diskussion

BERLIN. „Ausweitung kommunaler Wirtschaftstätigkeit aus finanziell-wissenschaftlicher Sicht“ und „Kommunale Wirtschaft zwischen Recht und Realität“ sind zwei Aufsätze im 1. Halbjahresband 1999 „Archiv für Kommunalwissenschaften“, Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik. Steht in Bibliotheken. Zusammenstellung: baf

Illegal abgehört?

Arbeitsgericht Mannheim verurteilt Hausfriedensbruch der Kaufhof P1-Geschäfts-führung. Widerrechtliche Durchsuchung des Betriebsratsbüros / Wurde Betriebsratsbüro Kaufhof P1 illegal abgehört ?

Nach lebhafter Verhandlung im überfüllten Saal des Arbeitsgerichts Mannheim wurde am 20.10. die Kaufhof AG verurteilt, es zu unterlassen, das Betriebsratsbüro ohne Einwilligung des Betriebsrates zu betreten. Es wurde ein Zwangsgeld in Höhe von DM 10.000,— im Fall der Zuwiderhandlung angedroht. Der Betriebsrat des Kaufhofs Mannheim P 1 hatte das Arbeitsgericht angerufen, weil sein Büro am 22.04. 99 von der Geschäftsführung und der Sicherheits- und Ermittlungsge-sellschaft City-Guard durchsucht worden war. Kaum glaubliches war passiert: Der Betriebsrat hatte schon lange vermutet, daß sein Büro abgehört oder unbefugt betreten wird. Vertrauliche Infor-mationen waren zur Geschäftsführung gelangt, auf dem PC des Betriebsrates war unbefugt zugegriffen worden. Der Betriebsrat beauftragte daher das Sicherheitsunternehmen City-Guard mit einer Überprüfung seines Büros und bat um äußerste Diskretion. Die wurde allerdings nicht gewahrt: City-Guard informierte die Kaufhof P 1 Geschäftsführung und erhielt nun selbst von der Geschäftsführung den Auftrag, den Betriebsrat zu durchsuchen. Ohne Information des Betriebsrates wurde dies am 22.04.99 durchgeführt. Trotz Aufforderung der Betriebsratsvorsitzenden weigerte sich die Geschäftsführung, die Durchsuchung abzubrechen. Vor dem Arbeitsgericht rechtfertigte der Arbeitgeber diese Aktion mit seinem vermeintlichen Recht, jederzeit alle Räume des Betriebs, also auch das Betriebsratsbüro betreten zu können. Rechtsanwalt Wolfgang Stather, Heidelberg, der den Betriebsrat vertrat, sah hingegen im Vorgehen der Geschäftsführung einen eklatanten Rechtsbruch, insbesondere eine Behinderung der Betriebsratstätigkeit und einen Bruch der Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit. Er verlangte daher auch, daß das Betriebsratsbüro ein eigenes Schloß außerhalb der Schließanla-

ge bekommen und dann dem Betriebsrat die Schlüssel auszuhändigen seien.

Das Arbeitsgericht unter Vorsitz des Arbeitsrichters Müller schloß sich dieser Auffassung an. Es verurteilte die Kaufhof AG, es zu unterlassen, das Büro des Betriebsrates ohne dessen Einwilligung zu betreten, und ein besonderes Schloß zu installieren. Das Arbeitsgericht drohte ein Ordnungsgeld von DM 10.000,— an. Die Gewerkschaft HBV wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Kaufhof AG bereits letztes Jahr ein Zwangsgeld von DM 20.000,— bezahlen mußte, weil gegen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei der Durchführung von Mehrarbeit verstoßen wurden war. Wegen dieser Vorfälle verlangt der Betriebsrat der Kaufhof AG P 1, von der Unternehmensleitung die Abberufung des hierfür verantwortlichen 2. Geschäftsführers.

(Aus: KIM)

ÖTV

Tarifvertrag mit DPD

Die ÖTV hat für die rund 500 Beschäftigten bei dem Deutschen Paketdienst (DPD) in Baden-Württemberg einen Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser regelt erstmals die Arbeitsbedingungen so, wie sie im Speditions- und Logistik-Tarifvertrag festgelegt werden.

Durch diesen Anschlusstarifvertrag erhalten die Beschäftigten in den Betriebsstätten Ludwigsburg und Nürtingen im Schnitt Einkommensverbesserungen von rund 250 Mark monatlich. Das bedeutet, die Beschäftigten erhalten Stundenlöhne zwischen 19 und 24 Mark, 30 Tage Urlaub, Nacht- und andere Zeitzulagen und manteltarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen. Bisher wurde bei DPD in Baden-Württemberg frei nach Nasenspitze bezahlt, erklärt ein ÖTV-Sprecher. Der DPD ist in keinem Arbeitgeberverband organisiert und war somit nicht tarifgebunden. Ziel der ÖTV ist es, auch die übrigen Paketdienste, die nicht tarifgebunden sind, in das deutsche Tarifrecht einzugliedern. Es sind zum Teil ausländische Firmen, die sich auf dem Deutschen Markt platziert haben. „Gemeinsam mit den Beschäftigten der Branche werden wir die vielen ungeregelten Arbeitsverhältnisse unter den Flächentarifvertrag stellen“, sagt der Sprecher. PM ÖTV

Komplettes Werk in Schalksmühle geschlossen

1995 erwarb SICK eine Mehrheitsbeteiligung bei der Firma Soyck, Schalksmühle (bei Hagen / NRW), seit Anfang 1998 war Soyck vollständig aufgekauft und mit der SICK AG verschmolzen worden. Mit dem Erwerb dieser Firma wollte SICK ein völlig neues Geschäftsfeld, nämlich induktive Sensoren, eröffnen. Marktführerschaft auf dem Gebiet der optoelektronischen Sensorik gewöhnt, hatte man den Wettbewerb und auch die Unerfahrenheit in dieser (für SICK) völlig neuen Technik unterschätzt. Eine wirkliche Sanierung von Soyck bezüglich moderner Fertigungsmethoden wurde verschleppt und letztlich zugunsten anderweitiger Beteiligungen abgebrochen. Außerdem stimmt, was im folgenden dokumentierten VK-Info der IG Metall-Vertrauensleute bei SICK steht: wenn das Lohnniveau von Ungarn zum alleinigen Kriterium für Rentabilität wird, hat keine Fertigung hierzulande eine Chance! Der Betriebsrat bei SICK ist sicher gut beraten, frühzeitig eine Widerstandsposition gegen weitere drohende Verlagerungen nach Ungarn auszuarbeiten. Bis Ende letzter Woche waren an die 500 Unterstützungs-Unterschriften im Werk Waldkirch gesammelt, was die Kolleginnen und Kollegen bei SOYCK wenigstens in ihren Sozialplan-Verhandlungen stärken wird.

„Nun ist doch das eingetroffen, was sehr schmerzt und Menschen arbeitslos macht! Wie aus dem Aushang des Vorstands vom 07.10.99 ersichtlich, soll SOYCK definitiv geschlossen werden.

Was uns als Vertrauenskörper sehr ärgert, ist, wie man mit den Menschen umgegangen ist. Aber wahrscheinlich ist das heute kein Problem mehr: Zahlen und Gewinne scheinen wichtiger zu sein als Menschen, nur Rentabilität zählt!

Wenn man die „Grundsätze zur Führung und Zusammenarbeit“ liest, dann fragen wir uns: Für WEN gelten diese Grundsätze? Für alle? Oder nur für die Mitarbeiter? Oder ist das nur Papier, wel-

TERMIN

Strategien im Verteilungskampf

Arbeitstagung der Politischen Berichte und des Arbeitskreises Wirtschaft der ArGe Konkrete Demokratie Soziale Befreiung – ArGe bei der PDS

In der Diskussion linker reformpolitischer Ansätze taucht jetzt wieder wie zur Zeit der sozialliberalen Regierungskoalition Schmidt / Genscher die Vorstellung auf, durch lohnpolitische Zurückhaltung oft so genannte qualitative Reformen der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung zu erleichtern. Unserer Meinung

nach zeigen die Erfahrungen der Lohn- und Reformbewegungen der letzten drei Jahrzehnte eher, daß Zurückhaltung im Kampf um die Lohnposition sämliche anderen Reformchancen verschlechtert. Um uns eine fundierte Meinung zu bilden, sollen folgende Themenkreise näher bearbeitet werden:

1. Rückblick. Wie wurde lohnpolitische Zurückhaltung in der Vergangenheit begründet und was waren Ergebnisse.
2. Folgen steigender/fallender Löhne und Gehälter im heutigen Steuer- und Abgabensystem der BRD.

3. Lohnquote und Beschäftigungsentwicklung. Lohnquote und Kapitalflucht. Internationale v.a. europaweite Zusammenhänge im Kampf um die Lohnhöhe bzw. Lohnquote. Am Samstag, den 4. Dezember 1999 um 11.15 in der DGB-Jugendbildungsstätte in Fulda, Magdeburger Str. 69. 36037 Fulda, 10 Min zu Fuß vom Hbf

Anmeldung: Politische Berichte

c/o GNN-Süd Verlag, Stubauer Straße 2, 70327 Stuttgart, Fax: 0711-621532 , E-mail: pb@gnn-verlage.de

ches bekanntlich geduldig ist? „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ – wird immer wieder vom Vorstand und der Geschäftsleitung gesagt. Diesmal stehen 35 Kolleginnen und Kollegen wirklich im Mittelpunkt – nämlich auf der Straße – weil die Zahlen und Berechnungen von Unternehmensberatern es so bestimmt haben!

Wenn man die Grundsätze wirklich ernstgenommen hätte, dann hätte man den Betriebsrat sowie die Mitarbeiter von SOYCK früh einbinden müssen, um wirklich miteinander nach Lösungen oder Alternativen zu suchen. Das Gegenteil ist aber passiert. Monatelang haben der Vorstand und die GL immer wieder den Betriebsrat von SOYCK und den Wirtschaftsausschuss des Gesamtbetriebsrates hingehalten und bestritten, dass sie frühzeitig unterrichtet werden müssten im Rahmen ihrer Informationsrechte. Im übrigen, so hieß es, sei eine Unternehmensberatung (UE) beauftragt worden, und es gäbe noch keine Erkenntnisse, die für den Betriebsrat wichtig seien. Diese absichtliche Desinformation wurde über Monate hinweg betrieben. Bei jeder Wirtschaftsausschuss-Sitzung seit Dezember 98 hat man blockiert. Bei Nachfragen kam immer wieder die Aussage: „Wir wissen noch nichts, UE ist noch nicht fertig.“ Selbst auf der Sitzung im Juli 99 hat Herr Reiche dem Betriebsrat von SOYCK und dem Wirtschaftsausschuss noch Hoffnung gemacht. Im August war Herr Reiche bei SOYCK, aber seine Zeit reichte nicht für ein Gespräch mit der ganzen Belegschaft, nur kurz wurde mit dem Betriebsrat gesprochen, ohne konkrete Perspektiven.

Jetzt, auf der WA-Sitzung am 07.10.99, lagen plötzlich alle Fakten der UE-Analyse auf dem Tisch – offensichtlich Ergebnis einer monatelangen Arbeit! Das Fazit: „SOYCK wird dicht gemacht!“ traf die Betroffenen wie ein Schlag. Großzügig wurde angeboten, „allen 35 Mitarbeitern in Waldkirch einen Arbeitsplatz anzubieten“ – wohlwissend, dass dies allenfalls einige annehmen können.

Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen von SOYCK sowie die dortige IG Metall darin, sämtliche Zahlen, die erst jetzt mit dem Beschluss zur Schließung vorgelegt wurden, kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen. Bevor diese Prüfung sowie die Vereinbarung eines Interessenausgleichs und Sozialplans nicht vollständig abgeschlossen sind, dürfen keine weiteren Verlagerungen von Schalksmühle nach Waldkirch oder Ungarn stattfinden.

Zur Erinnerung: bei SOYCK liegen die Löhne und Gehälter ca. 20% unter denen von Waldkirch, Reute und Düsseldorf. Die Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, das Weihnachtsgeld liegt bei höchstens 40%, und das individuell unterschiedlich; sowie die Gleitzeit bei +50 Stunden. SOYCK ist bis zum heutigen Tage nicht tarifgebunden ... Und trotz alledem können sie nicht mit den Herstellkosten in



Ungarn konkurrieren, wie die UE-Analyse ergeben hat. Allerdings wurde auch in Verbesserung von Maschinerie und Produktivität viel zu wenig investiert. Deshalb könnte, was heute für SOYCK gilt, irgendwann auch für bestimmte Linien in Waldkirch kritisch werden: denn mit den Herstellkosten in Ungarn können auf Dauer auch sie nicht konkurrieren!

Der Betriebsrat Waldkirch/Reute hat eine Unterschriftensammlung beschlossen zur Solidarität mit der SOYCK-Belegschaft, die auch wir vom VK mit aller Kraft unterstützen wollen:

Die Kolleginnen und Kollegen von SOYCK haben unsere volle Solidarität!

Wir rufen auf, die Unterschriften-sammlung zu unterstützen!

(Aus: VK-Info Nr. 2/99 der IGM-Vertrauensleute bei SICK)

FAG

Widerstand gegen Auslagerungen

Am 22.10.99 kam es bei FAG Kugelfischer in allen Werken (Schweinfurt, Eltershausen, Eltmann, Bielefeld, Wuppertal) zu Protestkundgebungen während der Arbeitszeit. Die Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen richteten sich aktuell gegen die geplanten



Auslagerungen des Lager- und Verteilerzentrums in Schweinfurt (190 Beschäftigte, darunter viele behinderte Menschen) und seine Übergabe an die Spedition Schäflein GmbH, sowie gegen einen geplanten Abbau von 430 Stellen im Werk Bielefeld. Da Betriebsräte und IG Metall allerdings aus dem Gesamtbild weiterer geplanter Maßnahmen die Absicht der Zerschlagung des gesamten Konzerns ableiten, wurde mit entsprechender Härte geantwortet.

In Schweinfurt wurde die gesamte Produktion für Stunden lahmgelegt, knapp 3000 Beschäftigte aus Schweinfurt, Eltershausen und Eltmann kamen zur Protestkundgebung. Die Aktion wurde von Betriebsrat und Belegschaft des benachbarten Konkurrenzunternehmens SKF massiv unterstützt. Hier legten nach viertelstündiger Information des Betriebsrates 2000 Beschäftigte die Arbeit nieder und beteiligten sich an der Kundgebung. Der SKF-Betriebsratsvorsitzende Lang erklärte, es ginge darum, gemeinsam um die Zukunft der Region zu kämpfen.

Neben Auslagerungen des Lager- und Verteilerzentrums sollen in Schweinfurt der Werkzeug- und Maschinenbau ausgliedert werden, entsprechende Pläne gibt es bezüglich der Feuerwehr und des Werkschutzes. In Eltmann soll die Kugelfertigung in ein gemeinsames Joint-Venture mit SKF unter mehrheitlicher Führung eines US-Unternehmens eingebbracht werden.

Zu wütenden Reaktionen führte die Androhung arbeitsrechtlicher Schritte gegen die Betriebsratsvorsitzenden der FAG-Werke wegen Durchführung „illegaler Aktionen“ von Seiten der FAG-Geschäftsleitung. Lang (SKF) kündigte für den Fall der Kündigung seines Kollegen Weingart (BR-Vorsitzender FAG) an, daß dann kein Ring mehr von der Maschine falle.

Die angedrohten Konsequenzen wurden mittlerweile von der FAG-Geschäftsleitung zurückgenommen.. (cls)

Rente mit 60

Unsere Haltung beruht u.a. auf der Einschätzung, daß eine Tarifpolitik, die auf mehr Beschäftigung zielt, eine offensive Verteilungspolitik sein muß. Gerade die französischen Erfahrungen zeigen, daß neben der Verkürzung der Arbeitszeit eine nachfrageorientierte Einkommenspolitik wesentliche Komponente einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik sein muß. Dies spricht nicht gegen Maßnahmen der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern dafür, daß ein tarifpolitisches Konzept auch dahingehend überprüft werden muß, wie es zu einer möglichst optimalen Ausschöpfung des Verteilungsspielraums beiträgt.

Die Begrenzung der Lebensarbeitszeit ist auch in unseren Betrieben populär. Hier ist allerdings die Altersteilzeit mittlerweile eine Erfolgsgeschichte geworden. In Betriebsvereinbarungen ist es häufig gelungen, teilweise die Schwächen der bestehenden tariflichen Regelungen auszugleichen. Nach zwei Praxisjahren kennen wir die meisten Konstruktionsfehler und wissen um viele notwendige Nachbesserungen. Diese nun tariflich durchzusetzen, wäre aus unserer Sicht der richtige Folgeschritt. Wir sollten mit tariflichen Forderungen auf Bekanntem aufbauen, um neue, verbesserte tarifliche Bestimmungen zu schaffen.

Nicht stichhaltig erscheint uns das Gelegenargument, daß über diese Tarifverträge wegen ihrer Laufzeit nicht verhandelt werden kann. Wer sich im Bündnis für Arbeit die generelle Rente mit 60 zutraut,

käme wohl auch mit den Arbeitgebern überein, in der kommenden Tarifrunde die Regelungen zur Altersteilzeit zu verbessern.

Demgegenüber halten wir die uns bekannten Modelle zur „Rente mit 60“ auf Finanzierungsbasis von Tariffonds für ein die „Solidarität“ überforderndes Tarifprojekt.

Die Befristung auf beispielsweise fünf Jahre bei einer Finanzierung durch alle grenzt die weit überwiegende Zahl der Beschäftigten von den Segnungen der Regelung aus. Das ist den Jungen wohl kaum erklärbar, auch nicht denen, die beim Auslaufen einer derartigen Regelung gerade sechs Jahre vom notwendigen Erreichen der Altersgrenze entfernt sind. Sollen diejenigen, die die Voraussetzungen vom Alter her erfüllen und 35 Versicherungsjahre mitbringen, in Rente gehen können? Zielen wir auf einen Rechtsanspruch ab, können wir die Refinanzierung in der Rentenversicherung wohl kaum an die Wiederbesetzung binden, und damit wäre der Arbeitsmarkt effekt fraglich. Binden wir die Finanzierung der Abschläge aus den Fonds an die Wiederbesetzung, ist der Rechtsanspruch der Sechzigjährigen auf abschlagsfreies Ausscheiden sicher nicht zu machen. Wir würden ein Modell schaffen, in dem spätestens in der nächsten Krise und dem damit zu erwartenden Personalabbau kaum ein Beschäftigter in den Genuss der Regelung kommen könnte, obwohl er individuell die geforderten Voraussetzungen erfüllt.

Das gesamte Finanzierungsmodell ist teuer, denn die zu erstattenden Beiträge zur Rentenversicherung übersteigen logischerweise pro Fall die rechnerischen Abschläge von bis zu 18%. Mindestens gilt dies nach den uns heute bekannten Refinanzierungsvoraussetzungen.

Die größten Bedenken hegen wir be-

züglich der Mobilisierungsfähigkeit einer solchen Tarifforderung. Gehen wir davon aus, daß die Arbeitgeber einen Beitrag zur Finanzierung leisten sollen, bekommen wir diese Tarifregelung voraussichtlich nicht geschenkt. Die Mobilisierung der Beschäftigten erachten wir für sehr schwierig, weil wir ihnen gleichzeitig sagen müßten, daß die meisten von ihnen im Ergebnis einer solchen Bewegung selbst keinen Gegenwert erhalten. Alle bisherigen Solidaritätsprojekte, vor allem das der Arbeitszeitverkürzung, haben für jeden spürbare Ergebnisse zum Ziel gehabt.

Eine mangelnde Mobilisierungsfähigkeit schränkt den Verteilungsspielraum für uns ein und wirkt sich negativ auf die Höhe des möglichen Gesamtergebnisses aus. Ein unbefriedigendes Gesamtergebnis, von dem ein Anteil zur Finanzierung der Tariffonds noch abgezogen werden muß, wird den Erwartungen unserer Mitglieder bezüglich der Lohn- und Gehalts erhöhungen nicht gerecht werden und uns weitere Rückschläge in der Mitgliederentwicklung bescheren.

Noch unbefriedigender ist die Aussicht auf Tarifabschlüsse mit mehrjähriger Laufzeit im Zusammenhang mit der öffentlich häufiger genannten „längerfristigen moderaten Tarifpolitik“ als möglichen Preis für die Rente mit 60.

Wir können für Stuttgart belegen, wie negativ sich mehrjährige Abschlüsse selbst bei gutem Ergebnis auf unsere Mitgliederentwicklung auswirken. Mehrjährige Abschlüsse mit ungenügenden Ergebnissen, mindestens im Bewußtsein unserer Mitglieder, werden unsere Mitgliederbasis weiter schrumpfen lassen.

Tarifpolitik kann nicht generell als Ersatz für Sozialpolitik dienen. Wenigstens halten wir diesen bisher in der IG Metall gültigen Grundsatz mach wie vor für richtig. Sollte sich dies ändern müssen,

Projektbüro Gewerkschaften – Wissenschaft – Technologie

PROGEWIT

Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit finden und testen soll ein Gemeinschaftsprojekt von DGB, ÖTV, IG Metall, IG BAU, IG Medien, DPG, GEW und DAG. Am 1. Oktober eröffneten sie ein Projektbüro in Adlershof im ehemaligen Ost-Berlin.

Adlershof gilt als Technologie- und Wissenschaftspark, vom Berliner Senat und anderen Institutionen gefördert und bevorzugt, und sowohl die Gewerkschaften als auch die Oppositionsparteien waren und sind sich nicht ganz sicher, ob sie das „Unternehmen Adlershof“ unterstützen

oder kritisieren sollen. Inzwischen sind dort auf einem Gelände von rund 420 ha rund 3.700 Menschen in 236 Unternehmen (Klein- und Mittelbetriebe) und 13 Forschungseinrichtungen beschäftigt, erste Institute der Humboldt-Universität (Naturwissenschaftliche Fakultät) sind im Umzug begriffen. In einigen Jahren sollen bis zu 25.000 Arbeitsplätze und 4.000 Studienplätze wie auch mehrere tausend Wohnplätze dort geschaffen sein.

Insbesondere die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen und der geplante Umzug von Teilen der Humboldt-Universität ließ in der Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV Berlin die Frage auftreten, wie diese Beschäftigten besser betreut bzw. für die Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden können. Die Idee, dort eine „Niederlassung“ einzurichten, war zwar relativ rasch geboren, die Umsetzung logischerweise schwierig. Nicht nur, dass es eine Frage von Personal- und Finanzressourcen

war, auch inhaltliche Aspekte mussten neu diskutiert werden. Was kann die Gewerkschaft für die Beschäftigten in Klein- und Kleinstbetrieben bieten, in Betrieben, die häufig genug aus der Not heraus gegründet wurden (bedingt durch die gesetzlichen Vertragsbefristungen im Hochschul- und Forschungsbereich)? Mit welchen Argumenten gewinnt man Wissenschaftler bzw. spezialisierte hoch ausgebildete Beschäftigte, für die nur ihre Arbeit zählt und die sich nicht als Arbeitnehmer fühlen? Wie organisiert man dort Beschäftigte, um in die Lage zu kommen, Interessenvertretungen zu wählen?

Von der Notwendigkeit, dass dort etwas geschehen muss, überzeugt bzw. bestärkt wurde die ÖTV Berlin u.a. dadurch, dass Beschäftigte der GMD dort den ersten „Internet-Streik“ organisierten (PB berichtete im vergangenen Jahr darüber), weil ihr Tarifvertrag gekündigt wurde und ihnen Gehaltskürzungen drohten.

würde es einer grundsätzlichen Debatte in der Organisation bedürfen. Wo unsere Mitglieder in den Betrieben heute teilweise Ansprüche in dieser Hinsicht an die Tarifpolitik formulieren, müßten wir uns dennoch fragen, was da von der IG Metall erwartet würde. Vermutlich fühlen sich unsere Mitglieder nicht als zeitlich befristetes Instrument für Beschäftigungspolitik. Im Gegenteil, wenn sie Ansprüche anmelden, dann fordern sie Beiträge der Tarifpolitik zu einer langfristig sichereren Altersversorgung, um den Ängsten, die sie gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung hegen, entgegenzuwirken. Wir denken in diesem Zusammenhang an den Umbau des Tarifvertrags zur Vermögensbildung, an das Weiterverfolgen eines Tarifprojektes „Versorgungskapital zur Wahl“ und ähnliches. Wir befürchten, derartige Projekte werden durch die zeitlich befristeten Tariffonds eher verbaut. Dies schafft nicht dauerhaft mehr Sicherheit, sondern neue Verunsicherung.

Große Bedenken haben wir auch bezüglich der notwendigen Weiterentwicklung der Arbeitszeitbestimmungen im Manteltarifvertrag (MTV). Werden wir nicht die Arbeitszeitbestimmungen im MTV als Preis für das angedachte Modell einer vorübergehenden „Rente mit 60“ auf Jahre festzuschreiben müssen mit fatalen Wirkungen für andere Modelle der Arbeitszeitverkürzung (besonders belastete Gruppen / Qualifizierungszeiten /etc.)? Selbst ohne weitere Arbeitszeitverkürzung schaffen wir uns dauerhaft Probleme. Wenn wir in den nächsten Jahren mit den tariflichen Eckpunkten zur Arbeitszeitgestaltung nicht Schritt halten können mit neuen Realitäten, Erfordernissen, notwendigen Grenzen und Schranken, werden wir uns von der konkreten Gestaltung der Arbeitszeit im Betrieb durch Tarifvertrag verabschieden.

In den kommenden MTV-Verhandlungen ist es allerhöchste Zeit für Neuregelungen (die Verwaltungsstelle Stuttgart hat in ihrem Arbeitszeitantrag zum Gewerkschaftstag einige genannt), ansonsten werden betriebliche Regelungen entstehen, die unsere tarifvertraglichen Bestimmungen nachhaltig entwerten und uns Schritt für Schritt in die Bedeutungslosigkeit bei der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung führen. Wir warnen daher dringend davor, in einer Hauruck-Aktion für die „Rente mit 60“ die Arbeitszeitbestimmungen im MTV für mehrere Jahre festzuschreiben, ohne daß notwendige Neuregelungen vorher angegangen worden sind.

Wir benötigen auch Verteilungsspielraum für die Entwicklung neuer Entgeltrahmenbestimmungen. Wenn die Projekte zum neuen Entgelrahmenrahmentarifvertrag der „Rente mit 60“ zum Opfer fallen würden, wird unser Einfluß auf die Entgeltgestaltung durch Tarifvertrag mittelfristig verloren gehen. Auch bei diesem Thema ist es fünf vor Zwölf für die IG Metall. Einkommenspolitik bleibt eines unserer wesentlichsten Handlungsfelder, das setzt den tariflichen Einfluß auf die betriebliche Entgeltsetzung voraus.

Unser Fazit: Die „Rente mit 60“, finanziert durch Tariffonds, wird bezüglich der Arbeitsmarktwirkung überschätzt und überfordert die Solidarität der Generationen. Sie gefährdet außerdem andere notwendige Tarifprojekte. Sie gefährdet durch die Anlage der Tarifpolitik, insbesondere durch mangelnde Mobilisierungsfähigkeit, unsere Möglichkeiten, den Verteilungsspielraum in der nächsten und möglicherweise den folgenden Tarifrunden auszuschöpfen, und wirkt sich in dieser Hinsicht sogar kontraproduktiv auf dem Arbeitsmarkt aus ...

Ost-Kommunen erwägen Tarifverhandlungen ohne den Bund. – HB, Mittwoch, 27.10.1999.

Der Verhandlungsführer der Tarifkommission der ostdeutschen Kommunen, der Thüringer Landrat W. Thomas fürchtet unbezahlbare Vereinbarungen bei den nominalen Lohn erhöhungen sowie bei der Angleichung zwischen Ost und West. Ende '99 läuft der 2-jährige Tarifvertrag aus, wonach die ostdeutschen Beschäftigten 86% der Gehälter der westdeutschen Kollegen im öffentlichen Dienst erhalten. Deshalb wirbt Thomas nun bei den Kommunen dafür, „das Tarifgeschäft künftig ohne den Bund zu führen.“

Wirtschaft fordert zweijährige Nullrunde. – HB, 29./30.10.1999

Mehrere Wirtschaftsverbände forderten die Lohn- und Gehaltszuwächse der Tarifrunden nächsten Jahres auf einen Inflationsausgleich zu begrenzen. H. P. Stihl, Präsident des DIHT, nannte es „insgesamt vertretbar“, wenn bei dem hohen Lebensstandard der Deutschen „ein oder zwei Jahre dazwischen geschaltet werden“. Er unterstützte die Sparrunden von Finanzminister Eichel und die Nullrunden für Beamten.

Informations- und Kommunikationsindustrie (ITK) gründet Spitzenverband Bitkom.

Verbandspräsident wurde Siemens-Vorstandsmitglied V. Jung. Bisher hätten die 20 Verbände, die in Bitkom vereinigt sind, mehr gegen- als miteinander gearbeitet. Bitkom repräsentiert 1000 Unternehmen mit 700 000 Beschäftigten, einem Jahresumsatz von über 200 Mrd. DM. Information und Kommunikation hätte sich weltweit zum Leistungsträger Nr. 1 entwickelt mit rd. 3 000 Mrd. DM noch vor der Tourismusbranche der größte Wirtschaftssektor.

Japan interessiert sich für das Bündnis für Arbeit. – HB, Dienstag, 2.11.99.

Beim Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Tokio kam zum Ausdruck, dass beide Länder eine weitere Liberalisierung des Welthandels befürworten. Japan zeigt großes Interesse für das Bündnis für Arbeit. Es wird geprüft, ob ein „instituationalisierter Austausch“ zwischen deutschen und japanischen Politikern, Arbeitgebern und Gewerkschaften sinnvoll sei. Bei den strukturellen Problemen beider Länder gebe es viele Gemeinsamkeiten. Der BDI-Präsident Henkel, der Schröder in Japan begleitete, wies vor Journalisten auf die Steuersenkungen für japanische Unternehmen hin. Er wünschte sich ähnliches für Deutschland.

Presseauswertung: rst

Nachdem ein anfänglicher Versuch, ein solches Büro gemeinsam mit der GEW aufzubauen, an dem Ausstieg der GEW aus dem „ver.di-Prozess“ scheiterte, wurde die Idee in den Hochschulausschuss des DGB und von dort in den Landesvorstand Berlin/Brandenburg eingeführt. Er fand dort eine Mehrheit und wurde dann in relativ kurzer Zeit umgesetzt. Ein Zeichen dafür, dass dieses Projekt Fragen und Probleme anspricht, die sich allen Gewerkschaften stellen.

Das inhaltliche Konzept wurde dementsprechend erweitert. Da sich mittlerweile Firmen aus Branchen der Informations- und Kommunikationstechnik, Multimedia, Elektronik, Umwelttechnik, Biotechnologie, Medizintechnik und dem Dienstleistungssektor angesiedelt haben, beteiligen sich auf Gewerkschaftsseite z.B. die Technologie- und Beratungsstelle (TBS) des DGB, das Berufsbildungswerk (bfw) und die Deutsche Angestellten Akademie wie auch die drei

Kooperationsstellen (DGB-Universitäten) am Projekt. Abwechselnd wird das Büro von ihnen besetzt. Neben allgemeiner gewerkschaftlicher Beratung wird dort auch konkrete Beratung für Betriebs- und Personalräte geboten sowie Qualifizierungsmaßnahmen. Die TBS und Kooperationsstellen bieten darüber hinaus Beratung und Zusammenarbeit in Projekten an, die u.a. dem Wissenschafts- und Technologietransfer (in beide Richtungen) dienen sollen.

Die beteiligten Gewerkschaften finanzieren und besetzen das Projektbüro gemeinsam. Um bekannt zu werden, wird als erstes die Präsenz und Kommunikation im Internet aufgebaut, was der Arbeitsweise und Nutzerverhalten vieler der dort Beschäftigten entgegen kommt.

Nach einem Jahr soll geprüft werden, ob sich das Konzept bewährt hat. Das Büro ist im IGZ in der Rudower Chaussee 29, 12389 Berlin zu finden.

(har)

Zur Position der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes hinsichtlich möglicher UNO-Militäreinsätzen

Nach Sichtung und Diskussion der vorliegenden Beschlüsse von Bundestagsfraktion und Parteivorstand bezüglich der Haltung der Partei zu möglichen UN-Militäreinsätzen nach Kapitel 7 der UN-Charta, kommt der Landesvorstand der PDS Bayern zu folgendem Ergebnis:

Die im Beschluss von Fraktion und Parteivorstand unter Punkt 4 (Fraktion) bzw. 3 (PV) aufgezeigten Abstimmungsalternativen – entweder Zustimmung oder Ablehnung – sind unvollständig. Es fehlt die Möglichkeit der Enthaltung, welche unter dem Gesichtspunkt des Kapitels 7 der UN-Charta und gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dem Grundgesetz der BRD, durchaus eine politisch bedeutsame Haltung der PDS sein könnte. Das Grundgesetz erlaubt Einsätze der Bundeswehr nur im Verteidigungsfall, aber keine darüber hinaus gehenden Aktivitäten. Damit werden auch mögliche Anforderungen durch UN-Beschlüsse nach Kapitel 7 ausgeschlossen. Auch ein möglicher Interessenkonflikt aufgrund internationaler Verpflichtungen kann nicht entstehen, da besagtes Kapitel 7, Art. 43, Abs. 3 festhält, daß die Beteiligung von UN-Mitgliedsstaaten nicht zwingend ist, wenn die Verfassung eines Landes dem entgegensteht.

Aufgrund dieser unzureichenden Darstellung möglicher Handlungsmöglichkeiten erwarten wir, daß sich die Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ihren Beschuß korrigiert.

Des weiteren möchten wir mit beiliegendem Diskussionspapier dazu beitragen, dass die gesamte Partei und insbesondere der Parteitag darüber diskutiert und befindet, wie die Friedenspolitik der PDS einschließlich der Vorstellungen zur Reform der UN in Zukunft gestaltet wird. Angesichts der von Fraktion und Parteivorstand betriebenen Eile der Beschlusffindung sowie durch die faktische Ausgrenzung der Parteiöffentlichkeit, sehen wir die innerparteiliche Demokratie und das gerade in den letzten Monaten bei friedensbewegten Menschen gewonnene Ansehen der Partei akut gefährdet. Eine intensive und offene Diskussion zu o.g. Themen ist daher dringend nötig.

Diskussionspapier des Landesvorstandes der PDS Bayern zur aktuellen friedenspolitischen Diskussion der PDS

(verabschiedet auf der Sitzung des LV am 7.11.99)

1. Die PDS tritt für die Entmilitarisierung der Außenpolitik ein. Die Politik „Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten“ begründet sich aus der deutschen Geschichte, aber auch aus

der konkreten aktuellen Lage.

2. Das Gefälle in den Wirtschaftsbeziehungen, das mit dem Zerfall des realen Sozialismus entstanden ist, bereitet der weiteren Militarisierung der Außenpolitik kapitalistischer Staaten den Boden. Die Erfahrungen insbesondere der vergangenen zehn Jahre belegen, dass wenn es zu Einsätzen mit UNO-Mandat kam, es ausschließlich Staaten traf, die wirtschaftlich und militärisch schwach waren und ein Einsatz im Interesse der kapitalistischen Mächte stand, während hingegen der umgekehrte Fall einer UNO-Intervention in den reichen Industriestaaten und deren Vasallen (z.B. Türkei) nicht stattfand und auch in Zukunft kaum vorstellbar ist.

Diese Interventionslogik führte und führt im übrigen weiter dazu, dass die Rüstungsausgaben gerade der sogenannten schwachen oder Entwicklungsländer auf Kosten der sozialen und ökologischen Entwicklung dramatisch ansteigen. Die Regierungen der BRD beteiligen sich an dieser zunehmenden Gewaltbereitschaft. Wir müssen daher dieser deutschen Außenpolitik entschieden entgegentreten.

3. Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen sich Länder, die mit bewaffneten Konflikten im Inneren nicht fertig werden, an die UNO wenden und selbstverständlich gibt es Fälle, in denen der zuständige Sicherheitsrat sich über Art und Weise einer Intervention einigt wird.

4. Die Satzung der UNO verlangt von den Mitgliedsstaaten aber keineswegs, dass sie eine Vertretung im Sicherheitsrat aufnehmen oder bei Militärmaßnahmen mitwirken.

5. Wie bekannt, ist es in den vergangenen Jahren zu schwerwiegenden und weitreichenden Interventionen der Westmächte bzw. der NATO unter Umgehung des Sicherheitsrates der UNO gekommen. Der Beschuß der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes halten fest, dass die Partei gegen solche Vorgänge mit ihren Mitteln opponiert.

6. Die Beschlusssfassung von Bundestagsfraktion/Bundesvorstand berücksichtigt aber nicht ausreichend, daß die UNO für die Mitwirkung entmilitarierter Staaten offen ist. Die Satzung der UNO verlangt keineswegs von den Mitgliedsstaaten, in den Fällen nach 7b aktiv zu werden.

Wenn wir für die BRD die Entmilitarisierung für richtig halten, werden sich daraus für die Haltung gegenüber UN Beschlüssen folgendes ergeben:

Falls, wie es oft genug der Fall ist, die Satzung der UN gebrochen wird, muß Aufklärung und Protest stattfinden und

international alles getan werden, damit die damit zusammenhängenden Gewalttaten geächtet werden.

Falls aber die Verfahrensregeln des Kapitels 7, Art. 43 eingehalten wurden, hätte sich die BRD aus unserer Sicht folgerichtig zu enthalten.

Würde sie zustimmen, würde das Kräften Auftrieb geben, die eine Beteiligung der BRD an der entsprechenden Militärintervention herbeiführen oder aufrechterhalten usw. wollen.

Würde sie ablehnen, könnte sie u.U. von den Kräften, gegen die die UN zu Hilfe gerufen wurde, in Anspruch genommen werden.

Wer beides nicht will, wird sich enthalten müssen.

7. Wir würden uns wünschen, dass sich Fraktion und Bundesvorstand ein wenig genauer überlegt hätten, wie sich die von ihnen vertretene Meinung in Realpolitik umsetzen lässt.

Die jetzige Beschlusssfassung, die für die BRD die unsinnige Alternative aufstellt, Zustimmen oder Ablehnen, muss so überarbeitet werden, dass die Chancen in Richtung Demilitarisierung von Außenpolitik zu wirken, klar herauskommen.

8. Die Lösung „Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten“ beruht auf der Erkenntnis, dass sich mündige Bürger dann und wann den Ansprüchen von Staaten verweigern müssen. Dies ist in der politischen Kultur der Linken ein wichtiger Bestandteil. In der ganzen PDS ist nicht umstritten, dass das Fehlen einer solchen Kultur der Verweigerung mit ein Grund für die Reformunfähigkeit des realen Sozialismus war.

9. Aus unserer Sicht waren Bundestagsfraktion bzw. Bundesvorstand nicht gut beraten, als sie in einer so schwierigen Sache zu Ruck-Zuck-Beschlüssen griffen. Dadurch wird eine sachliche Diskussion erschwert. Einmal, weil die, die mitzureden hätten, sich überfahren fühlen, das andere Mal, weil für diejenigen, die voreilig beschlossen haben, es besonders schwierig wird, sich zu korrigieren. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass eine Korrektur der nun mal getroffenen Entscheidungen unbedingt notwendig ist. Jede Änderung bzw. Konkretisierung unserer programmatischen Positionen bedarf einer intensiven Diskussion in der Partei.

10. Wir erwarten von den MandaträgerInnen der Partei im Bundestag weiterhin eine klare Position gegen die Militarisierung der Außenpolitik, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und anderer bundesdeutscher Sicherheitsorgane. Gefragt sind konkrete politische Schritte und Kritik, um eine Mehrheit für Frieden und Abrüstung zu gewinnen.

Position der PDS-Bundestagsfraktion zur Beratung des Parteivorstandes am 1.11.99 zum Einsatz von VN-Truppen in Krisengebieten (beschlossen auf der Fraktionsklausur am 21.10.99)

1. Aus einer Vielzahl historischer und politischer Gründe bleibt die Fraktion bei ihrem strikten Nein zum internationalen Einsatz der Bundeswehr.

2. Die Fraktion wird ihre Vorschläge zu einer demokratischen Reform der UNO und der OSZE sowie zum Ausbau von Maßnahmen zur zivilen Konfliktvorbeugung und Konfliktbewältigung weiter entwickeln und in die parlamentarische Debatte einbringen. Dabei werden wir berücksichtigen, dass Konflikte stets politische, ökonomische und soziale Ursachen haben, denen am wirksamsten durch eine sozial gerechte Weltordnung vorgebeugt oder begegnet werden kann.

3. Zum Abbau von nationalen Streitkräften und zur Verhinderung des Missbrauchs von UNO-Mandaten durch nationale Streitkräfte, vor allem durch Großmächte und führende Industriestaaten – wie in der Vergangenheit häufig geschehen –, wollen wir an einem Konzept einer allein der UNO unterstehen und jeder nationalen Verfügung entzogenen internationalen Polizeitruppe arbeiten und darüber weiter diskutieren.

4. Die Fraktion der PDS kämpft um die Respektierung des demokratischen Völkerrechts und insbesondere der Charta der Vereinten Nationen und weist alle Versuche, auch der deutschen Bundesregierung, zu ihrer Aushöhlung zurück. Unser Respekt bezieht sich auf die Charta als Ganzes, das heißt, einschließlich des in Kapitel 7 geregelten Gewaltmonopols des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Kapitel 7 durch Beschuß anwendet, werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob der Beschuß der Charta entspricht, verhältnismäßig erscheint und politisch und moralisch auch im Detail akzeptiert werden kann oder abgelehnt werden muß.

Beschluß des Parteivorstandes

- Der Parteivorstand unterstützt die Fraktion der PDS im Bundestag hinsichtlich der strikten Ablehnung eines internationalen Einsatzes der Bundeswehr.
- Der Parteivorstand unterstützt die Fortsetzung der programmatischen Debatte zur Rolle, Stärkung und Reform der UNO, insbesondere als Instrument zur zivilgesellschaftlichen Konfliktvorbeugung und -bewältigung.
- Der Parteivorstand verteidigt wie die Bundestagsfraktion der PDS die Charta der Vereinten Nationen als wichtigstes völkerrechtliches Dokument, das in diesem Jahrhundert beschlossen wurde, gegen alle Angriffe der USA, der BRD und anderer führender Industrieländer. Das schließt die Einzelfallprüfung zur Bestätigung oder Ablehnung von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Kapitel VII der Charta ein.

Traurige Begleitscheinung der kapitalistischen Transformation

Zur Wieder-Ausgrenzung der Roma in der Tschechischen Republik

Die folgenden Artikel zum Thema **rassistische Verfolgung von Roma in der Tschechischen Republik** entnehmen wir den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 13.

In Frankreich werden die Roma auch „Bohémies“ genannt. Die Bezeichnung soll daher röhren, dass die ersten Roma, die nach Frankreich kamen, Schutzbriebe aus Böhmen besaßen. Diese boten allerdings nur selten wirklichen Schutz vor Verfolgung und Pogromen. Wenn man dem Konflikt auf den Grund kommen will, der sich heute am offensten an der Mauer in Ustí nad Labem entzündet, muss man sich etwas mit Geschichte befassen.

Seit ihrer Ankunft in Europa im ausgehenden Mittelalter waren die Roma aus der Gesellschaft und von einer „normalen“ wirtschaftlichen Betätigung ausgeschlossen. Im Bereich des Handwerks wachten die Zünfte streng darüber, dass die Zahl der Zunftmitglieder konstant blieb und kein Zugereister ihnen Konkurrenz machte. Als Händler konnten sie sich in den Städten nicht etablieren, denn sie erhielten kein Bürgerrecht. Nirgends durften sie länger bleiben als ein paar Tage. Es blieben ihnen Nischenberufe, die im Umherziehen auszuüben waren: Haußerer, Pferdehändler, Kesselflicker, Scherenschleifer, Schausteller, Musikanter, Wahrsager. Der Kirche waren sie ein Dorn im Auge, bargen doch ihre unkontrollierbare Lebensweise und ihre fremden Sitten und Gebräuche den Keim des Ketzeriums in sich.

Im Zeitalter der Aufklärung versuchte Maria Theresia, Herrscherin über Österreich-Ungarn und Königin von Böhmen, durch Neulandzuteilung die Roma-Familien in ihrem Herrschaftsbereich seßhaft zu machen und als Bauern

in die Gesellschaft einzugliedern. Ihr Versuch schlug fehl. Die Roma hatten keine bäuerliche Tradition, keine Erfahrung mit Ackerbau und Viehzucht. Die Erschließung neuer Ackerflächen in bislang unbebauten Gegenden erforderte aber gerade besonderes Geschick im Umgang mit den damals modernsten Technologien. Darüber mochten die ebenfalls angeworbenen Sachsen und Schwaben verfügen, die Roma konnten auf diese Weise sich und ihre Kinder nicht ernähren.

Nach dem Holocaust ein Versuch der Integration

Wenn schon die vorkapitalistischen Gesellschaften die Roma nicht hatten integrieren können, so fand sich in der kapitalistischen Industriegesellschaft für sie erst recht kein Platz. Wer in der neuen Gesellschaft eine Chance haben wollte, musste eine Schule besuchen, eine Ausbildung machen. Die Roma-Kinder wurden, wenn sie überhaupt eine Möglichkeit zum Schulbesuch bekamen, meist in Sonder Schulen abgeschoben, blieben Analphabeten.

Die Nazis nahmen sich vor, das „Problem“ endgültig zu „lösen“ – durch Zwangssterilisation und Vergasung. Eine halbe Million Roma fielen ihnen zum Opfer, auch im „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Nach dem Krieg, unter den Kommunisten, bestand in der Tschechoslowakei Arbeitspflicht, und es bestand das Recht auf Wohnung. Das galt für alle. Auch für Roma. Auf ihre Besonderheiten wurde wenig Rücksicht genommen. Sie erhielten Wohnungen, und sie erhielten Arbeitsplätze. Die meisten Wohnungen gab es nach der Aussiedlung der Deutschen in den Industriegebieten im tschechisch-deutschen Grenzgebiet. Dort gab es auch



Kinder am Stacheldraht, Holzschnitt. Aus dem Zyklus „Zigeuner“ von Otto Pankok, 1936.

Arbeitsplätze. Viele Roma zogen dorthin. Natürlich ging die Integration der Roma nicht reibungslos von statthaft. Natürlich fiel es ihnen, da sie nicht seit Jahrhunderten an die Fabrikdisziplin gewöhnt waren, häufig schwer, die Arbeitszeiten einzuhalten. Natürlich gab es oft Konflikte zwischen den eingesessenen Familien und den Roma-Familien, deren Sauberkeitsbedürfnisse sich jahrhundertlang an den Möglichkeiten ihrer Leben-

sumstände hatten ausrichten müssen, d.h. der ihnen von der Obrigkeit zugewiesenen Übernachtungsplätze, die sich nur allzu oft zwischen Müllhalden und Kläranlagen befanden. Natürlich gab es Schwierigkeiten in den Schulen, und viele Roma-Kinder schafften den Schulabschluss nicht. Es gab Probleme, und es gab Erfolge. Was es nicht gab war die Möglichkeit, sich der Schwierigkeiten einfach durch das Entfernen und Aus-

grenzen der „unangepassten“ Menschen zu entledigen. Man musste sich Anderes einfallen lassen, musste sich auseinandersetzen mit den Menschen – und auch mit den eigenen Urteilen und Vorurteilen, die sich zunächst einmal an diesen Konflikten nährten.

1989, eine Katastrophe für die Roma

Nach der „samtenen“ Konterrevolution von 1989 verlor die tschechische Wirt-

„Die Geschichte der Roma ...

beginnt in Nordwest-Indien im 7. Jahrhundert. Es ist die Geschichte der Verschleppung, der Versklavung und der Vertreibung. Im Zusammenhang mit den islamischen Invasionen in Indien wurden die Roma – damals noch indische Stämme – zu Zehntausenden gefangen genommen und als Sklaven in das muslimische Abassidenreich verschleppt. Eine Gruppe von ihnen, die an die byzantinische Grenze (im heutigen Syrien) geführt wurde, fiel den byzantinischen Angriffen zum Opfer: erneut wurden sie verschleppt, diesmal nach Byzanz, in das Balkan-Gebiet. Jahrhundertelang waren die Roma-Familien Eigentum der Fürsten, Grundbesitzer und der Kirchen. Erst 1864 wurde die Sklaverei im Balkan endgültig abgeschafft. Einer Gruppe von Roma, den Sinti, gelang schon vorher die Flucht nach Westen; sie versuchten ab dem 15. Jahrhundert, sich in West-Europa niederzulassen, wurden aber immer wieder Opfer von Vertreibung und Ausgrenzung.“ Nach der Aufhebung der Sklaverei auf dem Balkan wurden Tausende von Roma-Familien von ihren früheren Herren vertrieben. Ständige Kriege zwischen Habsburger Reich und Osmanischem Reich um die Herrschaft über den Balkan und Kolonialkriege beider gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Völker machten eine Rückkehr unmöglich. „Durch die Flucht einzelner Gruppen vor Abschaffung der Sklaverei und die größere Fluchtbewegung danach entstand die Flucht-Wanderung – die wiederholten Versuche, sich in aller Herren Länder Europas niederzulassen. Roma, Europäer seit Jahrhunderten, ausgeschlossen bis heute, seit vielen Hunderten von Jahren in Europa zu Hause, fast 600 Jahre auch in Deutschland.“

Es sind gerade mal die ersten Jahrzehnte nach ihrer Ankunft, wo die Sinti einigermaßen unbehelligt existieren können, teilweise sogar mit Schutz- und Freibriefen von Kaiser und Papst reisen. Bereits 1496 werden sie vom Deutschen Reichstag für vogelfrei erklärt. Die staatliche Zersplitterung Deutschlands ist für sie insofern noch von Vorteil, als die Fürsten zum Teil die Reichsgesetzgebung einfach nicht beachten oder auch bewußt ihre Verwirklichung hintertreiben, um

dem Kaiser ihre Mißachtung zu demonstrieren. Mit der Gründung des Deutschen Reiches hat das ein Ende. Während auf den Operettenbühnen Zigeuner bejubelt werden, wird ihnen im richtigen Leben Schritt für Schritt die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, Gewerbescheine entzogen, die Ausübung ihrer traditionellen Berufe (z.B. Kupferschmiede und Korbblechter, Schausteller und Musiker, Pferde- und Textilhändler) erschwert. Es werden eigene Dienststellen für Zigeuner eingerichtet, und ganz besonders tut sich dabei die Reaktion in Bayern hervor. 1899 richtet das Innenministerium bei der Königlichen Polizeidirektion München einen „Nachrichtendienst in Bezug auf Zigeuner“ ein. Hier werden sämtliche Wanderungen registriert und die Betroffenen erkennungsdienstlich behandelt. Zum erstenmal wird damit offiziell eine ganze Bevölkerungsgruppe systematisch erfaßt. 1926 erläßt das Bayerische Innenministerium das „Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“. Neben einer Fülle von Bestimmungen, mit denen den Sinti und Roma das Leben in Deutschland verleidet werden soll, enthält dieses Gesetz eine weitere Neuerung, nämlich die sog. vorbeugende polizeiliche Tätigkeit. Eine Erfindung, die der Polizei Tür und Tor für Willkürmaßnahmen öffnet und noch vielen anderen zum Verhängnis werden soll: „Nicht mehr die Verfolgung begangener Straftaten, sondern die planmäßige Bekämpfung des Verbrechertums ohne Beziehung auf eine bestimmte Straftat ist das hauptsächliche Arbeitsgebiet der Polizei“, schreibt der Regierungsrat Hermann Reich in einem Kommentar zu diesem Gesetz. 1930 wird die Polizeistelle zur „Zentralstelle für die Zigeunerbekämpfung in Deutschland“ erhoben. . .

Als der faschistische Terror an die Macht gelangt ist, da zeigt sich, in welchem Ausmaß die Sondergesetzgebung während der Weimarer Republik ihm den Boden bereitet und Grundlagen geschaffen hat. Obwohl durch die Münchner Räterepublik 1918/19 ein Teil vernichtet worden ist, kann bereits im Jahr 1925 wieder auf einen Bestand von 14.000 Überwachungsakten verwiesen werden. Zunächst sprechen die Nazis den Sinti und Roma die Reichsbürgerschaft ab. Und auch als sie dann gewisse Schwie-

rigkeiten mit der Einordnung in ihre Rassentheorien bekommen (mit dem Tatbestand nämlich, daß ihre Opfer zur indogermanischen Völkergruppe – und damit zu den „Ariern“ – gehören), können sie sich bereits geschaffene Fakten zunutzen machen: Behörden und Ämter führen Zigeuner jetzt endgültig in den Ressorts „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“. NS-Juristen schaffen dazu den Begriff des „Verbrecherstämmings“. Im „Erlaß über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung von 1937 schließlich werden Zigeuner als „Asoziale“ eingestuft, was die jederzeitige Möglichkeit der Einweisung in ein KZ bedeutet.

Die ersten 400 Roma und Sinti werden 1936 in Dachau eingeliefert. In den daraufliegenden Jahren tritt zunächst aber noch die „Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ in Aktion. Ihr Werk besteht in der Vorbereitung der Sterilisation und Ermordung der Roma und Sinti unter dem Deckmantel der Wissenschaft. Sog. „fliegende Arbeitsgruppen“ durchkämmen mit Autos und Eisenbahn das gesamte Deutsche Reich. Sie nehmen Haarproben, machen Gipsabdrücke, fotografieren Ohren und Nasen, erfragen Verwandtschaftsverhältnisse und fertigen daraus Gutachten über die Minderwertigkeit der betreffenden Menschen. (Dr. phil. Dr. med. R. Ritter, der Leiter dieser Forschungsstelle, wird ab 1947 in Frankfurt zum Leiter der Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranken und der Jugendpsychiatrie; ein Verfahren gegen ihn wird 1948 wegen „Mangels an Beweisen“ eingestellt.) Ab 1940 beginnen die Deportationen nach Polen. Auch aus den Benelux-Ländern, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Frankreich, Kroatien und Slowenien werden sie nach Auschwitz geschleppt. Über ein halbe Million Roma und Sinti werden vergast, erschlagen, erschossen, durch Arbeit vernichtet, vergiftet und in medizinischen Experimenten zu Tode gequält.

Aus dem Artikel „Da wollten sie frei sein“ von Helga N. in Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 239, 11. Februar 1993. Die Autorin stützte sich auf das Referat eines Vertreters des Vereins Rom e.V. bei einer Veranstaltung der Linken Liste an der Uni Aachen im Dezember 1992 (diesem sind die beiden Anfangssätze entnommen) und auf das Buch „Fremde in Deutschland“ von Herbert Spaich, das 1981 in Weinheim und Basel erschienen ist.

schaft einen Großteil ihrer Abnehmer im Bereich des früheren Ostblocks. Firmenzusammenbrüche waren an der Tagesordnung. In Ustí nad Labem beispielsweise brach das riesige, in tschechoslowakisch-sowjetischer Zusammenarbeit erbaute Chemiewerk zusammen. Betriebe, die sich halten konnten und privatisiert wurden, entließen einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Beschäftigten. Als erste wurden die Roma und die Frauen auf die Straße gesetzt. Heute sind rund 80% der 300.000 Roma in der Tschechischen Republik arbeitslos. Gleichzeitig stiegen Mieten und Preise. Mietschulden, Zwangsräumungen und Unterbringung in städtischen Notunterkünften waren die Folge. Wie unter den Arbeitslosen waren auch unter den Zwangsgäräumten überproportional viele Roma. Und wieder, wie früher, werden ihre Kinder zu 90% in Sonderschulen geschickt.

Perspektivverlust der Gesellschaft

Die Wiederausgrenzung der Roma aus der Gesellschaft fällt zusammen mit einer Situation, in der viele Tschechen von einem Gefühl der zerbrochenen Ordnung und der Lebensunsicherheit beherrscht werden. Wie wird das weitergehen? Wie lange werde ich Arbeit haben, wie lange die Miete und die ständig steigenden Heizkosten zahlen können? Wie soll ich die Wohnung halten, wenn ich in Rente gehe? Wie um Himmels willen soll ich mich vor der Flut von Kriminalität schützen, vor der Tag und Nacht in den Medien gewarnt wird? Das sind nur einige der Fragen, die das Leben vieler Tschechen heute beherrschen. Die alten Lebenszusammenhänge sind zerbrochen, schützen nicht mehr. Die Hoffnungen auf größeren Wohlstand haben sich nicht erfüllt. Die kapitalistische Transformation geht einher mit einer allgemeinen Entsolidarisierung. In einer solchen Situation werden Signale begierig aufgenommen, mit denen die Aggressionen in eine bestimmte – für die Herrschenden ungefährliche – Richtung gelenkt werden. Als 1993 viele Roma nicht mehr als tschechische Staatsbürger anerkannt wurden, weil sie im slowakischen Teil der einstigen Tschechoslowakei geboren waren, wurde die Botschaft verstanden: „Die gehören nicht zu uns. Die sollen verschwinden. Auf die kann man ungestraft schimpfen und draufhauen.“ Die alten Vorurteile brachen sich ungehemmt wieder Bahn.

Noch nie ging es uns so gut wie unter den Kommunisten, stellen heute viele Roma fest und sind selbst erstaunt darüber. Die Kommunisten können (und sollten) stolz darauf sein. Die Sündenbockrolle haben sie in den letzten zehn Jahren am eigenen Leibe erfahren. Die Notwendigkeit, Klarheit in den Köpfen über die politischen Zusammenhänge und Vertrauen in die Solidarität der Unterdrückten zu schaffen, damit gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden kann, macht sie und die Roma zu natürlichen Verbündeten.

Renate Hennecke

Roma und „Weisse“ in Usti nad Labem

Wird Herr Lacko nächstes Mal wirklich die Kommunisten wählen?

Von Ken Biggs

„Bei den nächsten Wahlen wähle ich die Kommunisten“, rief Josef Lacko aus dem Fenster seiner städtischen Unterkunft in der Maticni-Straße den Journalisten zu. „Als die an der Macht waren, brauchten wir keine Angst zu haben wie jetzt, und Arbeit hatten wir auch.“

Die Maticni-Straße liegt in der nordböhmischen Stadt Usti nad Labem, wo der Gemeinderat unter Führung von Bürgermeister Pavel Tosovsky (Mitglied der Demokratischen Bürgerpartei ODS) im Mai 1998 beschloss, an einer Straßenseite eine vier Meter hohe Betonmauer zu bauen, um eine Handvoll Eigenheime im Besitz „weißer“ Tschechen von einem Block heruntergekommener städtischer Unterkünfte zu separieren. Dort leben 37 Familien, die keine Miete zahlen. Dass es sich bei Letzteren fast ausschließlich um dunkelhäutige Roma handelt ist nach den Worten der Verteidiger der Mauer „purer Zufall“. Diese Leute seien – so wird weiter argumentiert – einfach nicht in der Lage, Haus an Haus mit „anständigen“ Leuten zu wohnen: die Kinder seien laut und frech, und die Eltern gingen nicht zur Arbeit und verdreckten die Straße mit ihren Abfällen.

Josef Lacko, ein Mann mit großem Schnurrbart und trotzigem Fröhlichkeit, gehörte zu den etwa 50 Roma-Aktivisten, die am 6. Oktober sorgfältig, Stück für Stück, den Abschnitt der Mauer wieder abtrugen, den die Arbeiter am Vortage zu bauen begonnen hatten. Das war nicht allzu schwierig, denn als Reaktion auf die Proteste, die das Vorhaben im In- und Ausland auslöste, hatte der Stadtrat eine „Modifikation“ beschlossen: Immer noch 60 m lang, sollte die Mauer jetzt „nur“ noch zwei statt vier Meter hoch werden und aus Keramik-Fertigteilen bestehen. „Die Roma-Kinder können sie dann de-

korieren, wie sie wollen“, erklärte Bürgermeister Tosovsky großzügig.

Apartheid in der CR

Josef Lacko war der einzige ortsansässige Rom, der sich an dem Protest beteiligte. Die Anderen, so erläuterte er, hätten beschlossen, zu Hause zu bleiben – „um möglichst wenige Probleme mit der Polizei zu kriegen“. Sie baten die Roma in anderen Städten der Tschechischen Republik, ihnen zu Hilfe zu kommen.

Diesem Appell folgten ca. 50 Roma aus dem ganzen Land. Viele von ihnen sind Mitglieder der Roma-Bürgerinitiative (ROI) und werden, im Gegensatz zu Josef Lacko, vermutlich niemals Kommunisten wählen. Die ROI ist eine rechte Partei, die im November 1989 von Anhängern der „samtenen Revolution“ unter den Roma gegründet wurde, meist hoffnungsvollen Geschäftsleuten, denen es im Unterschied zu Herrn Lacko und der großen Mehrheit der rund 300.000 tschechischen Roma in der „Marktwirtschaft“ gut geht. Den übrigen brachte der November 1989 Arbeitslosigkeit von 80%, Armut, Diskriminierung und für einen Teil von ihnen den Verlust der Staatsbürgerschaft (im Gefolge der Teilung des Landes in Tschechische und Slowakische Republik am 1.1.1993) – ganz zu schweigen von der rassistischen Gewalt neofaschistischer Skinheads, die bereits an die 30 Todesopfer und Dutzende von Verletzten gefordert hat. Häuser wurden angezündet, Familien terrorisiert. Polizei, Justiz und selbst die Regierung reagierten ausgesprochen zögernd. Hunderte von Roma-Familien suchten daraufhin Zuflucht im Ausland.

Die Polizeipräsenz während der Abtragung der Mauer war gering. Jedoch wurden die Aktivisten bei ihrer Tätigkeit gefilmt. Die Videoaufnahmen werden jetzt „ausgewertet“, um zu sehen, ob Kla-



Aktion der Roma-Aktivisten am 6. Oktober gegen den Bau der Mauer in Ustina nad Labem. Fotos aus: www.radio.cz/romove (englischsprachige Infos von Radio Prag)

ge gegen die Beteiligten erhoben werden kann.

Als die ROI-Führung die interministrielle Kommission für Roma-Angelegenheiten als ineffektiv kritisierte und am 9. Oktober einen Aufruf „gegen Apartheid in der Tschechischen Republik“ verabschiedete, sah sie sich unter Beschuss von Seiten einiger ihrer früheren „Freunde“ in hohen Positionen. Petr Uhl, der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, behauptete, in der Tschechischen Republik gebe es keine Apartheid. Ebenso äußerte sich der ehemalige Minister und Spitzopolitiker der rechten Freiheitsunion Vladimír Mlynar, der Gewalt gegen Roma früher öffentlich verurteilte und die Prager Polizei kritisierte, weil sie eine Skinhead-Demonstration durch das Stadtzentrum geleitet hatte. Die beschämende Wahrheit ist, dass in zwei weiteren Städten – Rokycany und Vsetin – die Stadträte ebenfalls den Bau von Mauern zur Ghettoisierung der Roma angekündigt haben.

Als Präsident Havel und andere führende Politiker von der ROI-Führung eingeladen wurden, sich an einer Mahnwache in der Maticni-Straße zu beteiligen, ließen sie sich nicht blicken.

Die Regierung. Die ODS. Die Kommunisten.

Die sozialdemokratische Regierung gerät zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik der internationalen Roma-Organisationen. Zwar findet man in Prag scharfe Worte gegen die Mauer – schließlich wird derartig offener Rassismus von Brüssel (das ansonsten streng über die Einhaltung des weitaus rassistischeren Schengener Abkommens wacht!) als potentielles „Hindernis“ auf dem Weg in die EU angeführt – doch wurden die Vorschriften zur Verhinderung von Diskriminierung in der 1990 verabschiedeten Charta der Grundrechte und -freiheiten des Menschen bislang nicht in Kraft gesetzt. Stattdessen ließ die Regierung am 13. Oktober das Parlament über die Entschei-

dung des Stadtrats bezüglich des Mauerbaus abstimmen.

Im Vorfeld dieser Abstimmung heizten die Verteidiger der Mauer eine Kampagne an, die den Stadt- und Gemeinderäten das Recht zusprach, nach Belieben zu schalten und zu walten. Die Parallele zu der Agitation, mit der die amerikanischen Südstaaten und ihre Sklavenhalter Mitte des 19. Jahrhunderts das „Recht der Staaten“ verteidigten, könnte gar nicht deutlicher sein.

Wird aber Josef Lacko tatsächlich bei den nächsten Wahlen den Kommunisten seine Stimme geben? Der Stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM), Zdenek Klanica, verurteilte die Mauer, weil sie „kein Problem löst“. Die Kommunisten im Stadtrat von Usti nad Labem dagegen sprachen sich für die Mauer aus, bevor sie eine „Kompromisslösung“ vorschlugen, bei der die Stadt den „weißen“ Anwohnern der Maticni-Straße ihre Häuser abkaufen und ihnen dafür anderswo entsprechende Häuser zur Verfügung stellen sollte.

Der kommunistische Senator für Usti nad Labem, Jaroslav Doubrava, verurteilte bei einem Treffen mit den Roma-Aktivisten scharf das Abtragen der Mauer. Wie die Tageszeitung Pravo berichtete, habe er die Roma kritisiert, es gehe ihnen um Publicity um jeden Preis und dadurch hätten sie seine hinter den Kulissen laufenden Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung des Problems „zum Scheitern verurteilt“.

Im Schutze der Dunkelheit und einer 80-köpfigen Polizeitruppe beendeten Arbeiter den Bau der Mauer in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober. Senator Doubrava fand, die Polizeiaktion sei „angemessen“ und „im Interesse der Stadt“ gewesen.

Im Parlament stimmten am 13. Oktober 100 Abgeordnete für, 58 Abgeordnete gegen den Abriss der Mauer. Dagegen stimmten fast alle Vertreter der ODS – und fünf der 24 Kommunisten.

Postmark Prague Nr. 289, 14. Oktober

Leserzuschrift an die Redaktion der Politischen Berichte

Ein Pharaö brauchte keine Steuern

Anmerkungen zur „Steuerpyramide“ von Edda Lechner

Dieser anregende Artikel von Edda Lechner ist so materialreich ist, dass er den Lesern genug Stoff liefert, um daraus ganz das Gegenteil von dem zu beweisen, was die Autorin aus den historischen Fakten schlussfolgert.

1. Herausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Pharaonamtes: „Aus der ursprünglichen gemeinsamen Arbeit ... ist die Aneignung von Gütern durch die Alleinherrschaft des Pharaos geworden.“ Indem die Autorin unterstellt, dass die „Alleinherrschaft des Pharaos“ die Grundlage oder Voraussetzung der „Aneignung von Gütern“ war, anstatt aus der besonderen altägyptischen Produktion und Aneignung von Gütern die Herrschaftsform des Pharaos zu entwickeln, bleibt die innere Logik dieser Wirtschaftsweise und ihrer Staatsform in historisches Dunkel gehüllt.

Velleicht kann man sich die ägyptische Volkswirtschaft so vorstellen, dass sie eine in die Weite des Landes ausgedehnte patriarchalische Hauswirtschaft war: Alle Mitglieder der Sippe oder des Familienverbandes wirtschafteten dort ursprünglich in gemeinschaftlicher Produktion für einen gemeinsamen Haussvorrat. Der Patriarch oder Pater familias (Hausvorstand) organisierte einerseits die Arbeit, an der er noch selber teilnahm – (beim ägyptischen Pharaos wie beim chinesischen Kaiser blieben davon noch Reste erhalten, wenn der Pharaos/Kaiser auf bildlichen Darstellungen bei produktiven Tätigkeiten gezeigt werden) – andererseits teilte er aus dem gemeinsamen Produkt den Hausmitgliedern ihre Konsummittel zu. Die Produktionsmittel wie Vieh, Boden, Werkzeug, Waffen und Bauhilfsmittel und alle damit gemeinsam geschaffenen oder geraubten Konsummittel gehörten ursprünglich der Familien- oder Sippengemeinschaft. Aus diesem gemeinsamen Konsumitionsfonds bezogenen alle ihren Lebensunterhalt.

Diese Verteilung war aber nur im Ausnahmefall gleich, was Edda Lechner wohl als Normalfall annimmt. Die Verteilungsmenge hing unter anderem von der Arbeits- oder Kampfleistung, den verwandtschaftlichen Beziehungen oder auch der Willkür des Patriarchen ab. Davon abgesehen konnte nur die Verteilung von Konsummittel oder Produktionsmittel, die aufteilbar waren, wie Getreide, überhaupt „gleich“ sein. Die Mehrzahl der Arbeitsprodukte oder Beutestücke – Vieh, Frauen, Gerät, Werkzeug, Boden – waren schon von der Natur der Sache her kaum gleichmäßig verteilt.

In dieser Gemeinwirtschaft des „Hau-

Ich möchte die Deutsch-Tschechischen Nachrichten abonnieren

- Normalabo (30 DM/Jahr)** **Förderabo (60 DM/Jahr)**
 plus zusätzliche Exemplare (zusätzlich zum Abo-Preis 0,80 DM/Stck.)

Name:

Adresse:

Unterschrift: Telefon:

- Ich möchte Lieferung gegen Rechnung
 Ich ermächtige den GNN-Verlag Süd GmbH widerruflich, den Rechnungsbetrag für das Abo der *Deutsch-Tschechischen Nachrichten* zu Lasten meines Kontos abzubuchen:

Kontonummer BLZ

Bank Unterschrift

 Bitte einsenden an: Setkáni – Treffen deutscher und tschechischer Linker,
Schwanthalerstr. 139 Rgb., 80339 München, Fax 089-5028112

ses“, des Familienverbandes oder der Sippe, konnte es keine „Abgaben“ oder „Steuern“ geben. Da alles der Gemeinschaft gehörte, wurde auch nichts an „die Zentrale abgegeben“. Ganz im Gegenteil, da die Zentralgewalt, der Pater familias oder Pharao, die nichts anderes waren als die personifizierte Leitung der gemeinschaftlichen Arbeit sowie des gemeinschaftlichen Vorratslagers, alle Ressourcen verwaltete, musste vielmehr die Zentrale an die einzelnen Gesellschaftsmitglieder abgeben. Das ist auch das Bild, das der Pharaonenkult vermittelte: Der Pharao ist das Zentrum, von dem alle Güter ausgehen und von dem aus alle Güter an die Gesellschaftsmitglieder flossen. Dass die entsprechenden Gaben des Pharaos oder seiner Beamtenchaft an die produktiven Arbeiter von den Ägyptologen heute als „Lohnzahlungen“ übersetzt werden, ist kapitalistische Gedankenlosigkeit. Ganz im Gegensatz zum System der Lohnarbeit war es im alten Ägypten ganz durchsichtig, woher die Lebensmittel kamen, die der Pharao, der Schreiber, der Handwerker und der Bauer verzehrten.

So wie die Pharaonenwirtschaft der Versuch war, die altüberlieferte gemeinschaftliche Hauswirtschaft großflächig auf Landesebene zu übertragen – ein Versuch, der sehr hohe organisatorische Anstrengungen mit einem großen Beamtenapparat erforderte und daher bei geringen Störungen durch gesellschaftliche Einflüsse oder Naturkatastrophen immer wieder zusammenbrechen musste –, so verdoppelten und vervielfältigten die ägyptischen Tempel oder einzelne Gaufürsten dasselbe Wirtschaftssystem in kleineren Räumen und wurden so einerseits zu zentrifugalen Kräften, die das Wirtschaftsmonopol des Pharao bedrohten, andererseits aber bildeten sie gleichzeitig dezentrale Vorratslager, die das System in Krisenzeiten stabilisieren konnten, sobald die zentrale Versorgung zusammenbrach. Die Entgegensetzung wie gegenseitige Ergänzung von Zentrale (Pharao) und Region (Tempel, Gaufürsten) bildeten die beiden Extreme, zwischen denen sich die Innenpolitik des alten Ägypten abspielte.

(...)

3. „Aller Außenhandel ist ‚Luxushandel‘“: Später bringt Edda Lechner selber die Beispiele von gehandeltem Kupfer, Zinn, Bauholz – alles Produktionsmittel. Z.B. musste alles Schiffsholz für die Nilschiffe und die Schiffe auf dem Roten Meer aus dem Libanon importiert werden, weil der Wald in Ägypten schon abgeholt war. Auch Steine wurden nicht als Luxus gehandelt, sondern als Rohstoff.

4. „Ägypten ... wird ... zum Zentrum der Geldwirtschaft“: Aber schon im nächsten Satz fährt die Autorin fort: „Eine entwickelte Geldwirtschaft kennt Ägypten auf Grund seiner stets beibehaltenen Naturalwirtschaft und seiner im Lande sehr gering entwickelten selbst-

ändigen Handelstätigkeit nicht.“ Nur eines von beiden kann stimmen. Die Geldwirtschaft entwickelte sich naturwüchsrig aus der Warenproduktion und dem Warenaustausch. Wo und wie das ging, habe ich in einem früheren Artikel über die Entstehung des Geldes in den Politischen Berichten versucht zu entwickeln.

5. Pyramidenbau: Edda Lechner wiederholt unbesehen das landläufige Vorurteil, dass die Pharaonen die Pyramiden „zu ihrer Legitimation“ errichten ließen. Damit wäre die religiöse Vorstellung der Pharaonen das Motiv für das wirtschaftliche Handeln der ägyptischen Gesellschaft gewesen, und nicht umgekehrt – wie Marx dachte – dass in der Regel gesellschaftliches Handeln sich passende religiöse Vorstellungen schafft.

Wie Edda Lechner selbst anmerkt, wurden an den Pyramiden nur in der Zeit gebaut, in der der Nil das fruchtbare Land überschwemmte und damit alle Feldarbeit unmöglich machte. Das war schon immer die normale Zeit, wo kollektive Arbeiten erledigt wurden. Diese kollektiven Arbeiten bildeten die selbstverständliche Grundlage des Überlebens und Wohlstands der ägyptischen Gesellschaft. Der Pharao konnte und brauchte solche Arbeiten nicht anordnen, sondern er konnte nur diese traditionelle Kollektivarbeit steuern und ihr eventuell ein neues Ziel oder einen neuen Inhalt geben. Er hatte keineswegs die Macht, irgendeinen in dieser Zeit zur Arbeit zu zwingen. Sie wurde quasi „freiwillig“, das heißt durch gesellschaftliche Tradition und nicht auf Befehl des Pharao, erledigt und aus dem vorher gemeinsam geschaffenen Konsumfonds gespeist. Die Bildunterschrift, die die ägyptischen Bauern beim Säulentransport als „Sklaven“ bezeichnet, führt völlig in die Irre.

Natürlich war der Bau der Pyramiden ein Luxus, aber dieser Luxus konnte erst entstehen, als andere produktive Gemeinschaftsarbeiten wie Damm- und Kanalbauten, Vorratshäuser und Paläste der Beamten ausreichend geschaffen waren und daher freie wirtschaftliche Kapazitäten entstanden waren. Die Alternative: drei Monate Nichtstun aller Ägypter während der Überschwemmungszeit des Nil, wäre ebenfalls ein Luxus gewesen, nur ein individuell genosener Luxus.

Der Pyramidenbau nahm im Prinzip nichts weg von den produktiven Ressourcen der ägyptischen Wirtschaft. Er nutzte vielmehr Zeit und Arbeitskraft, die einerseits erst nutzbar wurde durch die zentrale Vorratshandelswirtschaft der Pharaonen und andererseits ungenutzt brach gelegen hätte, weil in dieser Zeit keine Landbestellung möglich war. Daher kann man auch den Bau der Pyramiden nicht für den Untergang des alten Ägypten verantwortlich machen. Der Pyramidenbau hielt diese Tradition der dreimonatigen Kollektivarbeit auch in einer Zeit lebendig, als es nichts gesellschaftlich Sinnvolleres zu arbeiten gab oder sich die

Herrschenden nicht auf etwas Sinnvolles einigen konnten. Der ägyptische Pharao hielt gewissermaßen alljährlich die dreimonatige „Arbeitsmaschine“ von vielen Tausend Ägyptern geölt und einsatzbereit. Das ist der wirtschaftliche Sinn des Pyramidenbaus. Hatte die Landung des Menschen auf dem Mond, die noch mehr kollektive Arbeitszeit und materielle Ressourcen kostete als jeder Pyramidenbau, einen besseren Sinn?

6. Resümee: Bei den griechischen Denkern war noch die Vorstellung lebendig, dass die ägyptische Wirtschaftsform trotz ihrer augenfälligen Leistungen auf einer ganz traditionellen und althergebrachten Gesellschaft beruhte, die die Griechen aus ihrer eigenen minoischen oder kretischen Frühgeschichte kannten. Das war das konservative Element der griechischen Ägyptenbegeisterung. Bei Herodot, über Diodor bis hin zum Idealstaat Platons, der nichts anderes war, als eine idealisierte Beschreibung Ägyptens, blieb Ägypten das Vorbild und der Musterstaat für die Griechen. In der Praxis sind die Griechen aber einen ganz anderen Weg gegangen: Sie haben die versteinerte Form der traditionellen ägyptischen Arbeitsteilung zerbrochen, die gemeinschaftliche, aber despatische Produktion und Verteilung aufgelöst und die individuelle Produktion und damit den Waren- und Geldverkehr entwickelt. So wurden die Griechen und nicht die Ägypter die Vorfäder der modernen Warenwirtschaft.

Dass die Randzonen des Mittelmeeres und nicht die fruchtbaren Ebenen von Nil und des Zweistromlandes zu den Geburtsstätten der modernen Gesellschaft wurden, hat mit den natürlichen Voraussetzungen zu tun: Die Stromtäler verfügten über einen großen Reichtum von Lebensmitteln in günstigem Klima: Bodenfruchtbarkeit, fischreiche Gewässer, Wildtiere. Dort war daher mit geringem Arbeitsaufwand, also geringer notwendiger Arbeitszeit, ein Leben möglich, das viel freie Zeit für Gemeinschaftsaufgaben ließ.

Griechenland war dagegen arm an natürlichen Lebensmitteln, dafür aber reich an Arbeits- oder Produktionsmitteln wie schiffbare Flüsse und Wasserwege zwischen den Ägäischen Inseln, Holz, Metalle usw. Griechenland wurde damit gleichsam zum England der Antike. Der Fortschritt der Griechen gegenüber den Ägyptern bestand gerade darin, dass sie ihren relativen Reichtum an Arbeitsmitteln nutzbar machen. Sie konnten das nur tun durch Auflösung der alten Gemeinschaftswirtschaft und Entwicklung einer Gesellschaft individueller Produzenten. Und erst in einer Wirtschaft mit individuellem Eigentum und individuellen Produzenten, die nicht für einen zentralen und damit zwangsläufig despatische Bevorratung wirtschaften, wird Steuerzahlung für Gemeinschaftsaufgaben nötig und möglich.

Wal Buchenberg (leicht gekürzt)

13. November: Kaiserslautern. *Süddeutsche Demonstration für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal.* 12:00 Uhr Stiftskirche. U.a. werden Peter Gingold und ein Vertreter des Bundestreffens der Mumia-Abu-Jamal-Unterstützungskomitees reden.

17.-19. November: Außerordentlicher Gewerkschaftstag der HBV in Würzburg; ebenso außerordentlicher Gewerkschaftstag der ÖTV. Die Gewerkschaften beraten Anträge zur Dienstleistungsgewerkschaft und zum Weg dahin.

19.-21. November: Tagung in Hamburg: *Friedenserziehung nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien.* Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) in Verbindung mit dem „Aus- schuss für Friedenserziehung der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg“. Kontakt: PPF, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, Tel. (02 71) 2 05 96, Fax (02 71) 2 39 09 85, Email: nolzpop@t-online.de

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zur Genossenschaftsidee: *Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung.*

Programm: Das Thema im Kontext mit der Debatte zur Programmatik der PDS (Dr. Judith Dellheim); Sozialgenossenschaften: Wege zu mehr Be- schäftigung (Dr. Burghard Flieger); Die Bedeutung von Genossenschaften und ihrer Dachorganisationen für regionale Beschäftigungs- und Entwicklungsstrategien (Dr. Gabriele Herbert); Gemeinschaft wirtschaften und zu- sammen leben – die Kommune als Vollgenossenschaft (Dr. Gisela Notz); Ge- nossenschaft als Chance für alternative Arbeitsformen (Klas Lemmnitz); Ostdeutsche Agrargenossenschaften in den Widersprüchen hier und heute (N.N. aus Sachsen). 10-17 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexander- str. 28, 10178 Berlin.

27. November: Kassel, bundesweites Treffen des *Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV*

26.-28. November: Bundesweites Vorbereitungstreffen der *Innen/Stadt/Aktion!* (s. Politische Berichte 20)

30. November: Hamburg, *Taufe der neuen Fregatte der Bundesmarine bei Blohm+Voss und entsprechende Begleitung der Friedensbewegung.* Kontakt: Hamburger Forum c/o Renate Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Ham- burg, Tel.: 040/5513891, Fax: 040/5513891. E-Mail: m.gunkel@cl-hh.com-link.de. Internet: <http://www.hh19.de/hin!/hhf/>

3./4. Dezember: Stuttgart, Der 3. Kongress der Initiative für *Vernetzung der Gewerkschaftslinken* zu den Themen Mitbestimmung, Sozial-, Tarif- und Arbeitzeitpolitik in Stuttgart. Genaues Programm demnächst

4. Dezember: *Strategien im Verteilungskampf.* Arbeitstagung der Politi-

ADRESSEAUFKLEBER

schen Berichte und des Arbeitskreises Wirtschaft der ArGe Konkrete Demokratie Soziale Befreiung – ArGe bei der PDS. Näheres Seite 18

Samstag, 4. Dezember 1999, 13.30 Uhr, Jugendgästehaus Köln-Deutz, Siegessstr. 5a. Reinhard Opitz' Analyse des Faschismus als spezifische Erscheinungsform des modernen Imperialismus Referent: Dr. Martin Bennhold, Osnabrück. Veranstalter: Herausgabekreis Antifaschistische Nachrichten

4.-5. Dezember: Kassel, 6. bundesweiter und internationaler Friedenspolitischer Ratschlag am 4. und 5. Dezember 1999 in Kassel. Einladung und Pro- gramm demnächst

4./5. Dezember: *PDS-Bundeskonferenz.* U.a. sind folgende Workshops ge- plant: Die Linke zwischen Identitätskrise und Integrationsbedürfnis. Stadt, Land und virtuelle Welten – Lebensräume des 21. Jahrhunderts. Wie unse- re Gesellschaft funktioniert – was kann Politik? Der Mensch im Mittelpunkt – Lebensentwürfe auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Sozialismus-Tra- dition in Ost und West. Beginn: 10.00 Uhr, Volksbühne am Rosa-Luxemburg- Platz in Berlin

6. bzw. 7. bis 9. Januar: Vormerken: *Linke Winterschule* in Friedrichroda

12. Februar: Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsge- meinschaften in Fulda

27. Februar: Landtagswahl in Schleswig-Holstein

15.-16. April: *Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemein- schaften*

14. Mai: Landtagswahl in NRW



231 Seiten, ISBN 3-89144-236-X
DM 26,90 DM + Porto.
Bestellungen an: Gruppe der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD. Postfach 1205 55002 Mainz.

Mumia Abu-Jamal, Dhoruba Bin Wahad und Assata Shakur, drei schwarze amerikanische RevolutionärInnen berichten in Essays, Artikeln und Interviews über ihren Kampf als Mitglieder der Black Panther Party. Diese drei stehen stellvertretend für die große Anzahl schwarzer Revolutionäre, die in den 70er und 80er Jahren bei Auseinandersetzungen von der rassistisch geprägten Polizei er- schossen oder unter falscher Anklage zu langjährigen Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilt wurden. Abu-Jamal ist zum Tode verurteilt worden und kämpft zur Zeit um ein Wiederaufnahmeverfahren. Bin Wahad war 19 Jahre hinter Zuchthausmauern, lange Zeit in Isolationshaft, ehe ein Berufungsgericht ihn freisprach. Assata Shakur lebt seit ihrer Befreiung in Kuba im Exil. Alle drei beschreiben an Hand ihres jeweiligen Falls, wie das Counterintelligence-Programm des FBI gegen sie persönlich und die Black Panther als Organisation eingesetzt wurde. Darüberhinaus reflektieren sie die Geschichte des schwarzen Widerstandes und die Situation der schwarzen Kul- tur und des Widerstandes heute. Im Anhang 18 Dokumente des FBI über das Counterintelligence-Programm zur Zerstörung der Black Panther Party und eine Chronologie der Black Panther.

Aus dem Vorwort von Christian Klar: (Die Beiträge) zeigen eine Reifung und behaupten die Kraft zur Selbstdefinition einer Politik der Unterdrückten, eine Kraft, die immer nur neu erkämpft werden kann: STILL BLACK - STILL STRONG. Dabei taucht ein Gedanke auf, der, obwohl vor dem Hintergrund von Erfahrungen in der Metropole formuliert, verblüffend direkt eine Verbindung herstellt zu einem Gedanken, der auch in dem Roman „Mayombe“ des angolanischen Schriftstellers Pepetela, der vom Befreiungskampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft erzählt, ausge- drückt ist. Dort geht es um die Beziehung zwischen Unterdrücker und Unterdrückten und die her- ausragende Rolle von Angolanern im Befreiungskampf, die auf die eine oder andere Weise von As- similierungstaktiken der Kolonialmacht am stärksten betroffen gewesen sind. Die Beziehung zwi- schen Unterdrücker und Unterdrückten ist da nicht so sehr eine der Abgrenzung als vielmehr die Erfahrung der Wunde, die die Herrschaft reißt. Die neuen Beiträge der us-amerikanischen Schwarz- enbewegung wiederholen dieses Motiv und leiten daraus allerdings einen ganz aktuellen Anspruch ab. Schwarze in den USA vergegenwärtigen sich ihre Geschichte, die älter ist als ihre Existenz auf dem amerikanischen Kontinent, und sie sehen sich zugleich als diejenigen in der afrikanischen Ge- schichte, die mit dem Unterdrücker am engsten zusammenleben. Dies bedeutet, am meisten über seine Herrschaft zu wissen und seine Krankheit zu kennen. Geben wir diesem Gedanken Raum, der eine Bedeutung hat in der Vision des Internationalismus.